

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Gernert Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gohrenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Courtpfandamts Meichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Veröffentlichungs-
Ort: Riesa, 1508.
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 35.

Freitag, 10. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder nach Noten. Für den Fall des Unterbrechens von Produktionsstörungen, Schließungen der Abzüge und Materialmangel behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Kapazitäten für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gewandere für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kettenschreibgröße 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verjährt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlußfrist: 1. Februar. Abrechnung: 1. Februar. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nilsenmann, Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Mandats- oder Annerzionskommission?

Wenn eine Finanzgröße von anerkanntem, internationalem Ruf wie Sir Hilton Young an der Spitze einer Kommission eine Studienreise durch Ostafrika macht, so könnte man leicht auf den Gedanken kommen, die Kommission habe in erster Linie Finanzfragen zu lösen. Jetzt, wo nun die ersten Nachrichten über den Verlauf der Studienreise vorliegen, tritt es dagegen immer klarer zu Tage, daß Sir Hilton Young als Abgeordneter des britischen Kolonialministers dazu aufersehen ist, den Grundstein zur Schaffung eines großen ostafrikanischen Dominions vom Sudan bis Rhodesien zu legen. Dieses geplante britische ostafrikanische Kolonialreich soll zunächst gebildet werden durch Zusammenschluß der englischen Kolonien Uganda und Kenia mit dem Mandatsgebiet Tanganyika-Territorium (Deutsch-Ostafrika), d. h. also durch eine Annexion der Deutsch-Ostafrika, durch völkerrechtswidrige Einverleibung des Mandats in englisches Kolonialgebiet.

Dies beginnt nun das Ostafrika-Problem eine Frage des internationalen Völkerrechts zu werden; es rückt in den Aufgabenkreis des Völkerbundes hinein und wird zu einer bedeutsamen deutschen Frage. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes; in der Mandatskommission sitzt seit Jahresfrist ein deutscher Vertreter. Wir haben das Recht und die Pflicht, an den Kolonialfragen der Gegenwart, soweit sie zumindes den Mandate betreffen, mitzuarbeiten; außerdem binden uns nationale und moralische Motive an die ehemalige deutschen Kolonien, die wir in dreißig Jahren harter Kolonialarbeit zu dem gemacht haben, was sie heute den anderen begehrenswert macht. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen die geplante Annexion Deutsch-Ostafrika von vornherein auf das energischste zu protestieren. Bei diesem Protest gegen die Sabotierung des Mandatsgedankens wird Deutschland nicht allein stehen. Herrscht das Gefühl für Völkerrecht und Völkerverständnis im Völkerbund vor, so werden sich gewichtige Stimmen auch in der Mandatskommission gegen den Schritt Englands wenden müssen.

Es ist gut, sich kurz des tieferen Inhalts des Mandatsgedankens zu erinnern. Das Mandatsystem ist im Artikel 22 des Völkerbundesvertrages verankert. Es hat internationale Bedeutung und rückt sich auf das anerkannteste Prinzip, daß das Wohlergehen und die Entwicklung der farbigen Völker eine heilige Aufgabe der Zivilisation bilden. Zweifellos steht in dem Mandatsgedanken ein hoher idealer Wert, den zu verteidigen und zu befestigen das Ziel deutscher Politik in der Mandatskommission sein sollte. Wenn man das System der Mandatsverwaltung unter diesem afrikanischen Gesichtswinkel betrachtet, so kommt man zu der Auffassung, daß das Mandatsystem ein politisches Experiment ist, in den außereuropäischen Ländern eine Ordnung zu schaffen, die diese Gebiete den Wandlungen der allgemeinen Politik zu entsprechen vermag. Jedenfalls liegt im Mandatsgedanken ein Kern hoher politischer Ideale, die wert sind, auch in den übrigen Kolonien Afrikas Anwendung zu finden. Diese Gedanken sind nun durchaus nicht neu. Sie tauchten zuerst im Jahre 1884 in der Schöpfung Bismarcks, in der Kongokonferenz, auf. Im Kriegsjahr 1917 stellte die britische Arbeiterpartei ein Kolonialprogramm auf, in dem es hieß: „Die europäischen Mächte wollen jeden Traum von einem afrikanischen Reich nördlich von Jambesi und südlich der Sahara aufgeben und stattdessen alle Kolonien des tropischen Afrikas der Verwaltung des Völkerbundes übergeben.“ — In der Kommission des Sir Hilton Young reißt unersetzliches Wissen nach auch ein Vertreter der britischen Arbeiterpartei. Voller Ernst erinnert er sich dieses Kolonialprogramms seiner Partei aus dem Jahre 1917 und zieht daraus eine Lehre. Folgerichtig wird er sich sagen müssen: „Warum sollen die Segnungen des Mandatsystems nur den geraden Kolonien Deutschlands zu teil werden? Wäre es nicht zweckmäßig, auch die in gleichem Entwicklungsstadium befindlichen englischen Kolonien Kenia und Uganda ebenfalls der internationalen Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen im Interesse einer geordneten Entwicklung von Land und Volk?“

In diesem logischen Gedankengang liegt unzweifelhaft ein körniges Wahrheitskorn. Hier liegen die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten afrikanischer Staatenbildungen. Weitläufige Kolonialpolitik könnte heute ein brennendes afrikanisches Problem in der großzügigsten Weise lösen. Dem Mandatsgedanken durch Schaffung eines großen ostafrikanischen Mandatsgebietes Kenia-Uganda-Tanganyika-Territorium und Geltung zu schaffen, das wäre eine großartige europäische Kolonialpolitik. Eine Annexion Deutsch-Ostafrika durch England birgt den Keim schwerer Konflikte in sich und bedeutet eine starke Beförderung der deutsch-englischen Beziehungen. Der umgekehrte Weg dagegen ist eine Lösung, die sowohl dem dunklen Erdteil wie dem alten Europa zum beiderseitigen Wohle gereicht wird.

Beschlagnahme

Ämtlicher deutscher Zeitungen in Ostberlin.

× Rattowitz. Auf Anordnung der Polizeidirektion wurden gestern sämtliche Blätter beschlaggenommen, und zwar der „Oberschlesische Kurier“, die „Rattowitzer Zeitung“ und der „Volkswille“, sowie alle kleineren deutschen Provinzialblätter. Den Grund zur Beschlagnahme bildet die Veröffentlichung der Wahlrede von Rattowitz im schlesischen Heim. Aus demselben Grunde ist auch die „Polonia“, das Organ von Rattowitz, beschlaggenommen worden.

Der Reichstag zur Mieterschutzvorlage.

Die Wenderung des Mieterschutzgesetzes in zweiter und dritter Lesung angenommen.

In der Einzelberatung des Reiches der Vorlage bringt Abg. Frei (Soz.) eine Reihe von Anträgen ein, die sollen Mieterschutz aus sozialer Not dem Hauswirt kein Bündlungsrecht geben. Mieterschutz sollen nicht als gewerbliche Räume gelten. Untervermietung soll allgemein zulässig sein. Den Ländern soll das Recht zur Forderung der Zwangsverwaltung genommen werden.

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragt gleichfalls Erleichterungen für Künftler. Man solle sie nicht mit den Gewerbetreibenden gleichstellen.

Abg. Osenbick (Str.) beantragt die Streichung der Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes, die eine Bündlung von Werkwohnungen zulassen. Der Mieter erhält einen Ordnungsdruck, als er dem deuffnationalen Abgeordneten Volk vorwirft, dieser habe mit Arbeitnehmern Mieterschutz abzuwickeln, die wider die guten Sitten verstoßen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtschaftspartei) beantragt, der Bündlungsfrage in jedem Falle haltzusetzen, wenn der Hauswirt Ertragsräume und Umzugskosten zur Verfügung stelle. Ferner solle das Gesetz nur noch bis 1929 verlängert werden.

Abg. Bölllein (Komm.) verlangt nochmals, daß den Ländern die Ermächtigung genommen werde, die Wohnungswirtschaft zu lockern.

Abg. Bismarck (D.D.P.) erklärt seine Zustimmung zu den Anträgen Dr. Jörissen.

Vor der Abstimmung verlannt Abg. Dr. Jörissen (Wirtschaftspartei) Beratung, weil er zu einer Konferenz müsse, eventuell beweise er die Beschäftigbarkeit des Hauses. Der Verlagsantrag wird gegen die Stimmen

der Wirtschaftspartei abgelehnt. (Weiterkeit bei der Mehrheit.)

Präsident Eise stellt die Beschäftigbarkeit fest. Darauf werden die Änderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftspartei — diese letztere gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei — abgelehnt. Angenommen wird die von den Regierungsparteien beantragte Zulässigkeit der Bündlung von Werkwohnungen unter gewissen Sicherungen, zu denen eine Mitwirkung des Betriebsrates gehört. Dafür stimmen nur die vier Koalitionsparteien und die Wirtschaftspartei.

Abg. Spilki (Soz.) erklärt dazu, die Sozialdemokraten müßten ihre in Aussicht gestellte Zustimmung zum Antrage zurückziehen, da aus der Zustimmung des Betriebsrates nur ein Verband mit dem Betriebsrat gemacht werden sei.

Auf gemeinsamen Antrag wird beschlossen, daß die Novelle am 1. April 1928 in Kraft tritt und bis dahin die bisherige Fassung des Gesetzes gilt.

Im übrigen bleibt es bei der Mieterschutzvorlage. Nachdem der Entwurf auch in dritter Lesung erledigt ist, wird die Schlußabstimmung für Freitag, 18. Uhr, in Aussicht genommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 14 Uhr. Reichstagsgesch. Etat des Reichsarbeitsministeriums, Abstimmung über Mieterschutznovelle. Schluß nach 10 1/2 Uhr.

Die Tagesordnung der 49. Völkerbundstagung.

* Genf. (Telefon.) Die Tagesordnung der 49. ordentlichen Session des Völkerbundesrates, die am 8. März unter dem Vorsitz des Delegierten von Kolumbien, Urutia, beginnt, umfaßt nach den amtlichen Mitteilungen des Völkerbundsekretariats diesmal 25 Punkte, unter denen zunächst der ungarisch-rumänische Opiandenkrieg hervorgehoben ist. Im Hinblick auf die Erkrankung Litulescu sowie die eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen war diese Frage im Dezember vom Völkerbundrat auf die Tagesordnung verschoben worden.

Auf der Tagesordnung steht ferner ein Antrag der Ränder der kleinen Entente auf Unterzeichnung des Zwischenschiedes am 2. August. Auf der Tagesordnung stehen ferner drei Danziger Fragen, und zwar der Auslastung der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen, der Auslastung der Danziger Eisenbahn gegen den polnischen Pöbel, ferner die Behauptung der Danziger Eisenbahn gegen den polnischen Pöbel, und zwar auf Antrag des Völkerbundrates, Stellung zu nehmen.

Auf dem Gebiet der finanziellen Tätigkeit des Völkerbundrates stehen auf der Tagesordnung die bulgarische

und die vorläufige Staatserhebungskontrollen, ferner die griechische und die bulgarische Flüchtlingssituation. Des weiteren wird der Rat einen Bericht des Finanzkomitees entgegennehmen, der die Durchführung der Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz behandelt. Auf dem Gebiet der geistigen Zusammenarbeit steht auf der Tagesordnung die Schaffung eines kinematographischen Erziehungsinstituts in Rom, worüber soeben Verhandlungen zwischen der rumänischen Regierung und dem Generalsekretär Dufour in Rom stattgefunden haben. Auf der Tagesordnung steht diesmal nur eine Sonntagsfrage, die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder der Exekutivkommission. Bekanntlich ist hierbei das belgische Mitglied der Exekutivkommission auf Grund seines eigenen Antrages aus. Dem Völkerbundrat liegt sodann der Bericht der Mandatskommission über ihre letzte Tagung vor, die in ihrem Jahresbericht die Mandatsverhältnisse über die Verwaltung von Irak, Togo, Kamerun und Samoa behandelt hat. Der Völkerbundrat wird sodann einen Bericht des Generalsekretärs des Völkerbundes über die Herabsetzung der Zahl der Ratstagungen entgegennehmen. Diese Frage war bereits auf der Dezembertagung Gegenstand von Verhandlungen des Rates, wurde jedoch zunächst verschoben mit dem Beschluß, das gegenwärtige Schema der Ratstagungen bis zur nächsten Vollversammlung im Jahre 1928 unverändert aufrecht zu erhalten.

Wie üblich, wird der Völkerbundrat zunächst in einer geschlossenen Sitzung zusammenzutreten, um eine Reihe administrativer Personalfragen zu erledigen, unter denen die Ernennung des neuen Direktors der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats steht.

Ein Brief des Reichspräsidenten zur Koalitionsfrage.

× Berlin. Die Kölnische Volkszeitung berichtet aus Berlin, daß Reichspräsident von Hindenburg an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet habe, in dem er darauf hinweist, daß die Regierungskoalition zur Lösung bestimmter Aufgaben gebildet worden ist und daß es wünschenswert wäre, wenn diese Probleme noch vor der Auflösung des Reichstages erledigt werden könnten. Die Kölnische Volkszeitung führt hinzu, daß der Brief, der vielleicht entscheidend auf den Gang der Verhandlungen über das Reichsschuldengeheimnis werden würde, wohl noch in seinem Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben und ohne Zweifel Gegenstand eines lebhaften Meinungswechsels werden dürfte.

Die hierzu von unternetzter Seite mitgeteilt wird, ist die Tatsache eines Briefes des Reichspräsidenten an den Reichskanzler richtig, ebenso ist der Sinn des Briefes in der Information der Kölnischen Volkszeitung zutreffend wiedergegeben. Der Grund des Briefes dürfte darin liegen, daß der Reichspräsident ein plötzliches Aufheben der Regierungskoalition erwartet, daß zunächst der Etat ordnungsmäßig verabschiedet wird, daß ferner die Liquidationsgeschäfte durch die Fertigstellung des Kriegsschuldengeheimnisses vor weiterer Ungewißheit bewahrt werden, daß die Hilfe für die notleidende Landwirtschaft durchgeführt wird und schließlich auch noch die erste Weltaube der Staats-

reform in einer Weise gesichert wird, daß die bisherige Arbeit nicht durch Zufälligkeiten in Frage gestellt werden kann.

Die Frage, ob der Brief veröffentlicht werden soll, hängt vom Reichskanzler ab. Sicher ist jedenfalls, daß das Schreiben schon für die heutigen wichtigen interfraktionellen Verhandlungen über das Schuldengeheimnis von erheblicher Bedeutung ist.

Reichsratsbeschlüsse.

× Berlin. An der öffentlichen Vollziehung des Reichsrats vom Donnerstag nachmittag widmete der Vorsitzende, Staatssekretär Jweigert, dem verkörpertem stellvertretenden Bürgermeister von Lübeck, Wermehren, der die Stadt Lübeck auch im Reichsrat vertreten hat, einen warm empfundenen Nachruf, den die Reichsratsmitglieder lebend anhörten.

Eingegangen ist ein Bescheid über gewerblichen Rechtschutz.

Angenommen wurde eine Verordnung, betreffend Abänderungen für Unfallrenten. Nach dieser Verordnung können die Versicherungsträger Unfallverletzte ein Kapitalabfindung zum Erwerb von Grund und Boden bezugs Anfechtung oder zur Vergrößerung bereits vorhandenen Grundbesitzes erwirken.

Die Aktien der Kali-Industrie AG. Berlin, und des Wanderverkehrs AG. in Schönau bei Chemnitz wurden zum Börsenterminhandel zugelassen.

Ehe- und Sexualberatung.

Dem Landtage liegt zurzeit eine Denkschrift des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums über Ehe- und Sexualberatung vor. Die Denkschrift empfiehlt überall dort, wo sich eine geeignete Person dafür findet, die Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Der Denkschrift sei zunächst folgendes entnommen:

Ehe- und Sexualberatung ist schon seit jeder in den Sprechstunden der Ärzte und Rechtsanwälte und in den gemeinnützigen Anstalten geleistet worden. Da sie aufs engste mit den gesundheitsförderlichen, wirtschaftlichen und erzieherischen Maßnahmen der Wohlfahrtsvereine verbunden ist, hat die Ausführungsverordnung zum Wohlfahrtsengesetz mit Recht die Errichtung einer Ehe- und Sexualberatung in die Aufgaben der Wohlfahrtsvereine mit aufgenommen.

Insbesondere und unverantwortliches Verhalten auf dem Gebiete des geschlechtlichen Lebens greifen ebenso oft an die Würde der Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, wie die sozialen Verhältnisse zu körperlichen und seelischen Nöten im Geschlechts- und Eheleben führen können.

Die Berufsabteilung vom 18. Juni 1925 hat ergeben, daß im Reich die Zahl der erwerbstätigen Männer seit der letzten Berufsabteilung (1907) um 23,3 Prozent zugenommen ist, die der erwerbstätigen Frauen aber um 35 Prozent. Dabei schaltet die zunehmende Mechanisierung in der Produktion mit ihrer gesteigerten Maschinenverwendung und weitergehenden Arbeitsleistung die höher entlohnten männlichen Arbeitskräfte mehr und mehr aus, um so weniger menschliche Arbeitskräfte und darunter eine größere Zahl der gewohnheitsmäßig niedriger entlohnten weiblichen Arbeiter einzustellen. So überwiegt in der Industrie der Zutrom der weiblichen Arbeiterinnen den der männlichen. Weiter sind heute schon von allen Angestellten und Beamten 27 Prozent Frauen. Drei Viertel aller weiblichen Angestellten gehören zum Büropersonal. In der Industrie sind 34,6 Prozent, im Handel und Verkehr 38,3 Prozent aller kaufmännischen Angestellten Frauen. Die Zahl der im Hausstand angestellten weiblichen Personen ist um 12 Prozent zurückgegangen.

Diese Feststellungen im Reich treffen für das industriarisiertere Sachsen ganz besonders zu. Wie die Aufstellung des Statistischen Landesamts beweist, hat die Frauenerwerbstätigkeit in Sachsen ganz erheblich zugenommen. 1.218.410 Frauen, also umgekehrt ein Viertel der ganzen Bevölkerung, sind nach der Berufsabteilung von 1925 in Sachsen erwerbstätig. Ein Drittel aller im Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmer sind Frauen. Mehr als ein Drittel aller in der chemischen Industrie beschäftigten Personen, weit über ein Drittel aller in der Papier- und Verlagsdruckindustrie (Druckerei usw.), fast die Hälfte aller in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigten, über die Hälfte aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen sind weiblichen Geschlechts. Die verbreitetste sächsische Industrie ist die Textilindustrie. Mehr als drei Fünftel aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen sind wiederum Frauen.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß sich die Stellung des weiblichen Geschlechts in der Wirtschaft gegen die Vergangenheit wesentlich geändert hat. Die Mädchen und Frauen sind wirtschaftlich selbständig geworden, sie stehen schon verhältnismäßig zeitlich auf eigenen Füßen. Die „Verformung“ in der Ehe ist nicht mehr das Ziel, kann auch gar nicht mehr das Ziel sein, da ja zurzeit sowieso ein wesentlicher Frauenüberschuß im Verhältnis zur Zahl der Männer besteht. Die Verhältnisse sind ebenso weniger geworden wie die Abhängigkeit einer Bindung durch die Ehe. Die Folge davon ist, daß eine gewisse Umstellung im Geschlechtsleben eingetreten ist. Der außereheliche Geschlechtsverkehr hat zugenommen. Damit in Zusammenhang steht die Zunahme der außerehelichen Geburten und der Geburtenrückgang überhaupt. Im Jahre 1926 ist ein weiterer Geburtenrückgang um 1,2 auf 1000 der Bevölkerung im Reich eingetreten. Der Geburtenüberschuß über die Sterblichkeit ist um 11,4 Prozent niedriger als 1912 und hat mit 19,5 Prozent seit 1919 tiefsten Stand erreicht. Daraus sind die Geburtenrückgang, die ihren wesentlichen Grund nach Annahme aller Sachverständigen in der künstlichen Abtreibung haben, mitschuldig. Die Abtreibung wiederum ist die Hauptursache der Zunahme der sogenannten Wochenbettsterblichkeit. Auf das Verhältnis endlich von Kinderzahl und sozialer Lage werfen folgende Zahlen ein charakteristisches Schlaglicht:

In 900 Ehen bei 15-jähriger Ehedauer hatten durchschnittlich

Adamenner	2,7	Kinder, dav. starben	5,4
Freie Berufe	3,04	„	8,1
Beamte und Lehrer	3,2	„	8,1
Kaufleute	3,4	„	9,0
Selbständige Handwerker	3,8	„	15,6
Angestellte	4,3	„	16,3
Arbeiter	6,0	„	20,7

Also bei den sozial besser Gestellten stirbt jedes 20., bei den Arbeitern jedes 5. Kind.

In diesen Mitteilungen steckt eine solche Fülle von sozialer, wirtschaftlicher, seelischer und moralischer Not, daß die Notwendigkeit einer besonderen Sexualberatung nicht besonders bewiesen zu werden braucht.

Diese Gesichtspunkte und die Möglichkeit, durch eine Eheberatung und den Austausch von Gesundheitszeugnissen auch auf die Qualität des Nachwuchses unseres Volkes einzuwirken zu können, hat den Wohlfahrtsvereinen und dem Rat der Stadt Riesa auf Vorschlag des Wohlfahrts- und Jugendamtes veranlaßt, die sofortige Einrichtung einer Ehe- und Sexualberatungsstelle für unsere Stadt zu beschließen. Die Stadtverordneten werden diesem Beschlusse in der nächsten Sitzung die Zustimmung erteilen.

Als Berater ist der Leiter der Dresdener Beratungsstelle Herr Privatdozent Dr. med. Fetscher aus Dresden gewonnen worden. Um die Öffentlichkeit über diese neue Frage der bürgerlichen Volksbildung aufzuklären und mit den Brautleuten und Bräutigamen über diese neue Frage bekannt zu machen, wird Herr Dr. Fetscher am Freitag, den 17. 2. 1928, um 20 Uhr in der Aula der Oberrealschule einen Vortrag „Aus der Praxis der Eheberatung“ halten. Auf diesen Vortrag wird schon jetzt aufmerksam gemacht.

Die erste Beratungssunde ist für den 24. Februar 1928 von 16-18 Uhr in Aussicht genommen.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 10. Februar 1928.

Wettervorhersage für den 11. Februar. Mitgeteilt von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden. Nach anfänglich lebhaften unruhigem mit Temperaturerwartungen verbundenem Wetter Übergang zu kälterer Witterung. Im oberen Erzgebirge Niederschläge bereits zu sehen.

Daten für den 11. Februar 1928. Sonnen aufgang 7,25 Uhr. Sonnenuntergang 17,06 Uhr. Mond- aufgang 23,20 Uhr. Monduntergang 9,47 Uhr.

1821: Der Marschdichter Hermann Wilmers in Richten- feld a. d. Weiser geb. (gest. 1902).

1919: Friedrich Oberth wird vorläufiger Präsident des Deutschen Reiches.

1926: Der Kleriker Wilhelm Kubner in Waldhaus- blinn in der Schweiz gest. (geb. 1865).

Van der Wulfflage der fahrlässigen Zerstörung freigesprochen. Das Schöffengericht Riesa verurteilt heute gegen den Kraftwagenführer des sächsischen Kraftverkehrs Rosenberger. Derselbe war am Freitag früh kurz vor 8 Uhr an der Ecke Haupt- und Paulker Str., dem, wie wir feinerzeit berichtet haben, der Motorradfahrer Paul Jäckel aus Stadtilf Gröbe zum Opfer gefallen ist, durch Fahrlässigkeit verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da es ein Verschulden des R. an dem Tode des J. nicht erblicken konnte. Das freisprechende Urteil erfolgte mit der Maßgabe, daß gegen dasselbe die Staatsanwaltschaft Einspruch erheben könne.

Polizeibericht. Am Mittwoch, den 8. 2. 1928, nachmittags ist in einem Grundstück der Alleestraße in Riesa-Gröbe in 2 Bodenrammen eingebrochen und dabei 3 wollene Schlafdecken, davon 2 von brauner und 1 von grauer Farbe, ein neuer blauer Damendieseltrock mit einseitigen Falten und Futter und eine dunkelbraune Herrenmiederjacke mit einseitigem Futter zerstört worden. Als Täter kommt ein Unbekannter, der etwa 25 Jahre alt, 1,70 m groß, schlank und bartlos ist, altes volles Gesicht hat und einen arauen Reitausrüstung trug, in Frage. Der Unbekannte ist bereits am Tage vorher in dem Grundstück gemerkt und hat eine schwarze und eine braune Wolljacke bei sich gehabt. Vor Anlauf der arbeitslosen Sachen wird gemerkt. Sachliche Wahrnehmungen erbittet der Kriminalpolizei.

Sum Lohnkredit in der Mitteldeutschen Metallindustrie. Aus Magdeburg wird uns gemeldet: Da in den Lohnkredit der Mitteldeutschen Metallindustrie beide Parteien entfallen abgelehnt haben, einen Antrag auf ein neues Schlichtungsverfahren zu stellen und der Reichsarbeitsminister bei dieser Sachlage ein Eintreten von Amtswegen noch nicht für gekommen hält, hat Dr. Röttgens, der Schlichter für Mitteldeutschland, die für Sonnabend angelegten Einlassungsverhandlungen auf einen neuen, noch nicht bestimmten Termin in der nächsten Woche vertagt.

Hindenburgwohlfahrtsmarken. Nachdem sich das Reichswohlfahrtsministerium entschlossen hat, Hindenburgmarken und Postkarten noch bis Ende März vertreiben zu lassen, wird darauf hingewiesen, daß diese Marken und Karten auch beim Wohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Riesa bis zu diesem Zeitpunkt noch zu haben sind. Der Erlös dieser Marken und Karten fließt durch das Wohlfahrtsamt und soweit der Verkauf durch das Wohlfahrtsamt erfolgt, mit 60 Prozent dem Hilfswerk der Stadt Riesa zu und wird in erster Linie zur Unterhaltung von in Not geratenen Wittwen und Waisen verwendet. Die Geltungsdauer für die postfällige Verwendung der Marken ist bis Ende Mai verlängert worden. Es ist also jedem, der es bisher veräußert hat, noch Gelegenheit gegeben, auf diese Weise sein Scherlein dem guten Zweck zuzuführen zu können.

Wiedereröffnung der Elbe-Schiffahrt. Die Vereinigten Elbeschiffahrts-Gesellschaften A.G. erklären den regelmäßigen Schiffsverkehr auf der Elbe ab 10. Februar für eröffnet.

Falsche 20-Mark-Reichsbanknoten. 3000 Mark Belohnung für Ermittlung des Täters. Von einem in Deutschland umherreisenden Falschmünzer werden seit längerer Zeit falsche Reichsbanknoten mit dem Ausgabedatum vom 11. Oktober 1924 verausgabt. Die Fälschung ist an der mangelhaften unsauberen und harten Wiedergabe des Frauenkopfbildes auf der Vorderseite der Note leicht erkennlich. Das Gesicht der Frau zeigt auf den Falschmünzern einen ganz anderen Ausdruck, ältere und härtere Züge als auf dem echten Schein. Die Fälschung war bis vor kurzem auch daran erkennlich, daß das auf dem rechten Brustbildfremden Hände der Note befindliche farblose geprägte Brunnennetz, die sogenannten Blindprägung, falsch aufgebracht war. Seit Mitte Dezember 27 bringt der Fälscher jedoch Stücke in Verkehr, bei denen die Blindprägung richtig liegt, also auf der Vorderseite der Note erhoben hervortritt. Diese verbesserten Falschstücke, die jedoch an dem veränderten schlechten Kopfbild nach wie vor gut zu erkennen sind, weisen bisher alle die Kontrollnummern E. 4851237 und E. 4178532 auf. Neuerdings tragen die Noten jedoch die Nr. E. 4251753. Der bisher unbekannt Falschmünzer hat Noten der veränderten Fälschung am 4. Februar in Leipzig, Weiz und Greiz und an folgenden Tagen in Suidau verausgabt. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß er auch Riesa aufsucht, wird besonders auf ihn und die Falschstücke aufmerksam gemacht. Der Täter, der auch Helfer haben kann, ist beschriebener worden: 26-30 Jahre alt, 170-175 groß, schlank, Gesicht, schmales bartloses Gesicht, dunkles, langes, zurückgestrichenes Haar und sprach norddeutsche Mundart. Für die Ermittlung des Fälschers hat das Reichsbankdirektorium 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Belohnungen für die Ermittlung von Brandstiftern. Die Brandversicherungskammer hat gemäß ihren Bekanntmachungen in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 30 vom 5. Februar 1927 und Nr. 248 vom 10. Oktober 1927 im Dezember 1927 in zwei Fällen je 1000 RM, und im Januar dieses Jahres einmal 2000 RM, und einmal 500 RM, als Belohnung für die Entdeckung von Brandstiftern ausgesetzt und ausbezahlt.

Sächsisches Gesetzblatt. Das Sächsische Gesetzblatt vom 8. ds. Mts. veröffentlicht die 7. Verordnung über die Vergütung gerichtlicher hinterlegter Gebührensätze, eine Änderung der Verordnung über die Umgestaltung der Dienstverhältnisse der bisherigen veterinärmedizinischen Räte bei den Kreisoberärzten, die 4. Änderung des Gesetzes über die Gerichtskosten sowie eine Verordnung über die den Hebammen von den Krankenkassen zu zahlenden Gebühren.

Verbot Betriebsunfälle. Der Betriebsunternehmer hat jeden Unfall in seinem Betriebe der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein im Betrieb Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Der Betriebsunternehmer muß den Unfall binnen drei Tagen anzeigen, sobald er Kenntnis von dem Unfall erlangt hat. Außer der Erstattung der Anzeige über den Unfall durch den Unternehmer muß die Ortspolizeibehörde den Hergang des Unfalls untersuchen. Auch die Krankenkasse muß jede Krankheit, die auf einen Unfall zurückzuführen ist, der Berufsgenossenschaft anzeigen. Unternehmer und Krankenkassen sind aber erst dann in der Lage, den Unfall dem Träger der Unfallversicherung zu melden, wenn die Verletzten selbst geben. Durch die sofortige Benachrichtigung des Unternehmers über den Hergang des Unfalls wird sich viel Streit aus dem Wege räumen lassen. Es ist dann möglich, sofort die Mitarbeiter als Zeugen zu hören und den Hergang des Unfalls genau festzustellen. Unterbleibt die Nachricht des Verletzten an den Unternehmer, dann wird in vielen Fällen erst später untersucht, wie sich der Unfall ereignet hat. Zumeist sind dann keine Zeugen mehr vorhanden oder Betriebsverhältnisse verändert, so daß es vielfach nicht mehr möglich ist, nachzuweisen, daß tatsächlich ein Betriebsunfall vorliegt. Der Leidtragende bleibt dann der Verletzte oder seine Hinterbliebenen. Deshalb meldet jeden Betriebsunfall, wenn er auch geringsfügig erscheint, dem Betriebsunternehmer.

Die Krankenkostenleistungen zur Deckung der Krankenkassen. Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 4 vom 8. Februar 1928 enthält u. a. eine Verordnung über die den Hebammen von den Krankenkassen zu zahlenden Gebühren. Danach haben die Krankenkassen den Hebammen für Hilfe bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden folgende Gebühren zu zahlen: für die Disposition bei einer Entbindung und die danach notwendigen Besuche einschließlich der hierbei erforderlichen Sonderverrichtungen einen Pauschalbetrag von 35 RM, bei Mehrlingsentbindungen einen Pauschalbetrag von 40 RM, für eine Disposition bei Schwangerschaftsbeschwerden, wenn sie in der Wohnung der Hebamme gewährt wird, 1,25, wenn sie in der Wohnung der Schwangeren gewährt wird, 2,50 M. Neben diesen Gebühren wird eine Entschädigung für Fortkommnisse nicht gezahlt. Für alle übrigen Verrichtungen haben die Krankenkassen die Hebammen nach den Mindestsätzen der jeweiligen Gebührenordnung für Hebammen zu entschädigen. Neben diesen Gebühren haben die Krankenkassen den Hebammen die notwendigen Aufwendungen für die erforderlichen vorgeschriebenen Desinfektionsmittel, Verbandstoffe, Kabschurbinden u. a. zu ersetzen, soweit diese Mittel und Gegenstände nicht dem Hebamme von den Krankenkassen zur Verfügung gestellt werden oder eine andere Stelle die Kosten dafür trägt. Im übrigen bringt das Gesetzblatt die neueste Verordnung über die Vergütung gerichtlicher hinterlegter Gebührensätze, eine Änderung der Verordnung über die Umgestaltung der Dienstverhältnisse der bisherigen veterinärmedizinischen Räte bei den Kreisoberärzten, sowie die vierde Änderung des Gesetzes über die Gerichtskosten.

Verkauf Gutmütigkeit eines Hausbesitzers. Ein Hauseigentümer, der gegen einen Mieter, der schon längere Zeit keine Miete mehr gezahlt hatte, auf Aushebung des Mietverhältnisses und Räumung geklagt und damit auch ein obiges Urteil erlangt hatte, ließ das Urteil nach Eintritt der Rechtskraft nicht vollstrecken in der Annahme, daß der Mieter nun endlich seinen Zahlungspflicht nachkommen würde. Das geschah jedoch nicht, und der Hauseigentümer ließ daher nunmehr die Wohnung erzwangsweise räumen. Jetzt streute aber der Mieter eine Klage gegen den Hausbesitzer an und forberte die Wiedereinräumung der Wohnung unter Verweisung auf § 568 BGB, wonach, falls nach Ablauf der Mietzeit der Gebrauch der Sache von dem Mieter fortgesetzt wird, das Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, sofern nicht der Vermieter oder der Mieter seinen entgegenstehenden Willen binnen einer Frist von zwei Wochen dem anderen Teile gegenüber erklärt. Der Hauseigentümer gab nun vor Gericht der Räumung Ausdruck, daß der § 568 BGB, sich nur auf den Fall beziehe, daß das Mietverhältnis durch Zeitablauf oder Kündigung beendet wird. Er wußte sich aber sowohl durch das Amtsgericht wie das Landgericht Hamburg belehren lassen, daß der Mieter im Rechte sei. Es ist, so für die das Landgericht Hamburg aus, nicht einzusehen, warum der Fall anders liegen soll, wenn die Verwendung des Mietverhältnisses wie hier durch Urteil erfolgt. Der Hauseigentümer hat, nachdem das von ihm erzielte Urteil rechtskräftig geworden war, den Mieter in der Wohnung belassen, ohne ihm zu erklären, daß er den Mietvertrag nicht verlängern wolle, und hat sonach die Voraussetzungen für die Anwendung des § 568 BGB, geschaffen. (Landgericht Hamburg, Stf. 12. 720. 27).

Beibehaltung der Sieska-Sighe. Auf die von der Handelskammer zu Dresden und anderen Wirtschaftsvertretungen vorgebrachten Wünsche nach Beibehaltung der Sieska-Sighe erwiderte die Reichsbahn ablehnend. Die Wirkung des Sieska-Vertrages sei für die Reichsbahn trotz der zu zahlenden Abgabe sehr ungünstig. Die Vermietung der Sieska habe eine beträchtliche Abwanderung aus der 2. in die 3. Klasse zur Folge. Wenn man annehme, daß von 28 Klassenbenutzern einer von der zweiten in die dritte Klasse abwandere, genüge dieser Ausfall, die ganze Abgabe der Sieska für die Reichsbahn aufzuheben. Außerdem beschwerten sich viele Reisende über die Befästigung durch die Sieska-Sighe. Die Kammer konnte jedoch diese Einwände nicht als stichhaltig anerkennen. Es müsse auch dahingestellt bleiben, ob nicht die von der Reichsbahn angegebene Prozentzahl zu vollständig angenommen seien. Aufheben davon sollte eine solche Reiseerleichterung unbedingt solange in Kraft bleiben, als der große Preisunterschied zwischen der 2. und 3. Klasse besteht und bis gegebenenfalls das Zweiklassenregime bei der Reichsbahn durchgeführt ist.

Verordnung ehemaliger Angehöriger der österreichisch-ungarischen Wehrmacht. Der Verband der Kriegsverwundeten und Kriegerverwundeten des Deutschen Reichsgeringfügigen „Kriegsbanner“ teilt mit: Deutsche Reichsangehörige, die als solche in der früheren österreichisch-ungarischen Wehrmacht während des Krieges 1914/18 Dienste getan haben und Verlegung nach dem österreichischen Invalidenentschädigungsgesetz erhalten, sowie ihre Hinterbliebenen, können, soweit sie im Deutschen Reich wohnen, nach einem Erlass des Reichsarbeitsministers vom 21. 1. 28 auf Antrag für die Dauer des Bedürfnisses Juchdruherverlegung (Wente, Hinterbliebenenrente und gahl. Zulabrente) von den deutschen Versorgungsbehörden erhalten. Sie ist unter Anrechnung der von Österreich gewährten Verlegung bis zur Höhe der Versorgungsgebühren zu gewähren, deren Bewilligung nach dem Reichsversorgungsgesetz in Frage käme.

Ein preussischer Gesetzentwurf über die Schwarze Elster. Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Schwarze Elster überreicht, aus dem der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mittelt: Im Niederelstergaube der Schwarzen Elster von der Landesgrenze des Preussischen Sachsen bis zur Mündung in die Elbe wird eine Genossenschaft mit dem Namen „Elstergenossenschaft“ gebildet. In das Genossenschaftsgebiet können durch Beschluß des Genossenschaftsausschusses angrenzende Gebiete einbezogen werden; soweit es zur Durchführung der Genossenschaftswecke erforderlich ist. Die Genossenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Genossenschaft bezweckt: 1. Reinhaltung der Schwarzen Elster und ihrer Nebenläufe für landwirtschaftliche und industrielle Zwecke sowie für Zwecke der Trinkwasser- und Abwasserreinigung, soweit sie durch bestmögliche Reinhaltung der in die Schwarze Elster und ihre Nebenläufe fließenden Abwässer geleistet werden kann. 2. Regelung der Verfall und des Hochwasserabflusses, Schutz und Förderung der Landeskultur. 3. Unterhaltung und Ausbau der zur Ableitung der verunreinigten Abwässer dienenden Wasserläufe, ihrer Ufer, Vorländer und Deiche, sowie der sonstigen Anlagen, unbeschadet der Vorschriften der §§ 119 bis 121 und 124 des Wassergesetzes vom 7. April 1913. 4. Errichtung, Veränderung und Ueberwachung von Anlagen und Vorrichtungen zur Verfallung der Abwässer sowie ihres Gehalts an faulnisfähigen und stinkenden Stoffen. 5. Ueberwachung des Zustandes der eingeleiteten gewerblichen und sonstigen Abwässer. Organe der Elstergenossenschaft sind: 1. die Mitgliederversammlung, 2. der Ausschuß, 3. der Vorsteher. Die Genossenschaft untersteht der Aufsicht des Staates. Sie beschließt sich darauf, daß die Genossenschaft ihre Angelegenheiten nach Gesetz und Satzung verwaltet.

Keine Krankenversicherung der Beamten. Die Reichsregierung ist lebhaft auf Initiative des Reichstages der Prüfung nähergetreten, ob es zweckmäßig sei, die Schaffung einer einheitlichen gesetzlichen Krankenversicherung für Reichsbeamte vorzunehmen. Die Prüfung hat ergeben, daß eine Krankenkasse für Reichsbeamte nur durch

Zur Einsegnung und Prüfung

empfehlen wir unsere große Auswahl

Fertige Kleider

schwarz, weiß, farbig, aus Seide, Samt und Wollstoffen, in reizenden Macharten

Kleiderstoffe

Backfisch-Mäntel

in allen von der Mode bevorzugten Geweben

Neueste Farben, schönste Verarbeitung

Tropelowitz

Besonders
billige
Einsegnungs-
Wäsche

Schule Röderau.

Sonntag, den 11. Februar, nachm. 7.30 Uhr findet im „Waldschloßchen“ die letzte Aufführung von Fr. Naglers Festspiel

„Kleinstadtzauber“

statt. Um zahlr. Besuch bittet die Lehrerschaft.

Reichsverband Deutscher Post- u. Telegraphenbeamten

Ortsgruppe Riesa — ladet zu seinem Sonntag, den 12. Februar, im Hotel Söbner stattfindenden

30. Stiftungsfest

in. Vortragsfolge: Konzert, Gesänge, Theater. Zur Aufführung kommt: Der Bohlen vom Jiffertal, Operette mit einem Vorspiel und zwei Akten von Carl Eber.

Dierauf Ball.

Beginn 18.30 Uhr. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Vereinsnachrichten

Militärverein Pausk. Sonntag, 12. Febr., abds. 7 Uhr im Gasthof Zahnbauern Hauptversammlung. Erscheinen jed. Kameraden ist Ehrenpflicht. Männerriege Alt. Turnverein Riesa. Pokümpelt Treffn. Bavaria-Keller. Abmarsch Heiterer Wild. Spiel- und Sportabst. Altgem. Turnverein Riesa. Pokümpelt Treffpunkt beim Wurzelkapp.

Verein Erzgebirger und Vogtländer, Riesa. Einladung zum Hugen-Obnd am Sonntag, den 11. Febr. 28, abds um achte beim Franken-Wilhelm im Wettiner Hofe. Bier un Kaffee trinken nur en Neugruch. Drum kommt alle. Kalender sind bei Landsmann Böhl unentgeltlich abzuholen.

Verein der GundeFreunde. Sonntag, 11. 2. 28. Jahreshauptversammlung Restaurant Erholung, hier. Anträge sind bis Freitag schriftlich beim Vorstand einzureichen.

Frauenverein Zeithain-Lager. Morgen Sonntag abends 8 Uhr gemeinsame Teilnahme am Beibellim im Betaal erwünscht.

Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr

gemütliches Kränzchen

im Gasthof Admiral, Bobersen. Eintritt 0.30 Mk.

Hierzu ladet alle Anhänger und Mitglieder herzlich ein

Spielvereinigung Röderau

Mitglied des A.-Turn- u. S.-Bund.

Gasthof „Stadt Riesa“ Poppitz.

Sonntag, 11. Februar, findet vom Regellklub „Lustige Brüder“, Poppitz, ein Vergnügen statt. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen. Anfang 7 Uhr. Der Verkaufskuh.



Günstige Rückladegerlegenheit

sofort u. später auf Richtung Thüringen, sowie Halle, Leipzig, Dresden, Berlin, Rauen und nach Magdeburg, Wittenberg, Breslau vorhanden. — Verlangen Sie kostenlose Offerte. —

O. Knochenhauer, Möbeltransport

Obd Siebentwerde, Fernspr. Nr. 345. 2 moderne Auto-Bahnen wie Abbildung.

Gasthof Leutenich.

Sonntag: Ballmusik.

Gasthof Stösz.

Sonntag, den 12. Februar

öffentliche Ballmusik.

Gasthof Bahra.

Sonntag, d. 12. Februar

öffentliche Tanzmusik.

Gesangverein „Froh Lied“ Poppitz

ladet zu seinem am 12. Februar im „Schützenhaus“ stattfindenden

Fastnachts - Kränzchen

ergerbeit ein. Der Gesamtvorstand.



Vorausiege. Gasth. Alte Post, Staadth. Sonntag, 18. Febr., großer öffentlicher Mastenball. Eintritt 1. —. Hierzu ladet ergerbeit ein Alfred Thieme.

Geschäfts-Eröffnung.

Der verehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend sowie meinen Freunden und Bekannten teile ich hierdurch ganz ergebenst mit, daß ich am Sonntag, den 11. Februar 1928 im Stadtteil Neuweida, Lange Straße 16, das

Restaurant „Gucklitz-Schänke“

eröffne. Ich werde bemüht sein, meinen werten Gästen bei angemessenen Preisen und sauberer reeller Bedienung angenehmen Aufenthalt zu bieten. In der Hoffnung auf gütige Unterstützung meines jungen Unternehmens zeichne hochachtungsvoll Paul Marx (früh. Oberkellner Hotel Höpfer).

Stadt Leipzig.

Morgen Sonntag

Gehnten in Brotteig

Fleischerei Fritz Müller

Schloßstraße 18

empfehit

frisches Schweinefleisch

Wd. n. 80 Wg. an

handgeschl. Wind. u.

Leberwurst, Wd. 90 Wg.

low. schönst. Pökelfleisch

und prima Ochsenfleisch.

Freibank Riesa.

Sonntag

Wind- u. Schweinefleisch.

Schweinefleisch

Kalbfleisch

Empfehle

junges fettes Schweine-

fleisch, Wd. 0.80 u. 1. —

Eber u. Schmer, Wd. 85 u.

Kalbfleisch, Wd. 1.20 u.

fämi. handschl. Wurst-

waren zu verabgelegten

Preisen.

Otto Lamm

Poppitz

— Telefon 278. —

Sohnnisbeerfräucher

blüg zu verk. Schmidt

Winkelerei, Mändrich.

Saathafer

Sonld's Woidreger

2 Ddb. Auhfälder

Duschbohnen

verkauft

Lommatzsch, Leutowitz.

Konditorei und Café Wolf.

Sonntag, Sonntag u. Montag

fideles Bockbierfest.

Gewliche Dekoration.

Gehnten in Brotteig.

St. Bodwärschen.

Um reagen Zubruch bittet Frau Sophie Wolf.

Restaurant

Heute

Bodwärschen.

Ab 6 Uhr

Pökelfleisch und Rloh.

Es ladet ergerbeit ein

Umständehalber Freitag Regelbahn frei.

Restaur. zur Wartburg.

Sonntag, den 11. und Sonntag,

den 12. Februar

großes Bockbierfest.

Stimmungsvolle Musik.

Witant — amüfant.

Zwei genuehrte Abende ver-

sprechend, laden freundlich ein

H. Diegler u. Fran.

Schützenhaus Riesa.

Sonntag, Sonntag u. Montag,

den 11., 12. u. 13. Febr.

großes Bockbierfest.

H. Bodwurst. Festlich gratis.

Hierzu laden ergerbeit ein

Curt Köhler u. Fran.

Café Weiß, Seerhausen

Morgen

Sonntag

großes Nachtschlachtfest

mit Bodwurstauschank.

1/8 Uhr Wellfleisch, später die üblichen

Schlachtgerichte. — Sonntag u. Montag

Fortsetzung des Bodwärschen.

H. Bodwärschen. Festlich gratis.

Um oüftoen Zubruch bitten

C. Weiß u. Fran.

Achtung! Gasthof Maulitz.

Sonntag, den 11. Februar

humoristisch. Unterhaltungsabend.

Tränen werden gelacht. Das Neueste vom Neuesten.

Sit das ja nicht sein, eingelangen haben den Dein

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Eintritt 70 Wg. mit Steuer.

Nachdem feiner Jazzbandball.

— Beliebte Musik. —

Es ladet freundlich ein der Wirt H. Richter.

„Admiral“ Bobersen.

Sonntag, den 12. Februar

Ball für Verheiratete.

Anfang 6 Uhr.

Ergerbeit ladet ein

Rudolf Gähnlein.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, den 12. Februar

feine öffentl. Ballmusik.

Anfang 6 Uhr.

Es laden freundlich ein

Wihl. Seybner u. Fran.

Gasthof Promnitz.

Sonntag und Sonntag

großes Bockbierfest

verbunden mit Bratwurstschmaus.

H. Bodwärschen. Gallerischüffeln.

Es laden hierzu böhlich ein

Cittofar Mertis und Fran.

Polstermöbel kaufen Sie gut und preiswert bei

Arthur Bindig, Bismarckstraße 37.

Abonnements

auf sämtliche Unterhaltungs- u. Mode-

zeitchriften nehme jederzeit entgegen

und liefern durch Boten für Riesa und

weitere Umgegend ins Haus. — Probe-

nummern werden kostenlos zur Verfügung.

Johannes Ziller, Riesa, Hauptstraße 79.

— Bureau 272. —

Der billige Verkauf von Steingutwaren

Riesa, Bruchgasse 2, findet weiter statt.

Steingutgeräthe (6 gr. 8 H. Büchsen, Salz- und

Rehlmeste, Effig- und Delkaffe) 2.50, Tassen

von 20—50 Wg., Uhrgehäuse mit Wafen 1.50 bis

2.50, Oelliegenstücken 50 bis 150 Wg., einzelne

Büchsen 20 und 10 Wg., Biergeschänke 25 bis

50 Wg., einzelne Salz- und Rehlmeste 35 Wg.

— Braunes Packpapier, für Geschäftsteute

passend, Bentner 12.50 Wg., zu verkaufen, je nee

verschiedene andere Gollatiken billigst.

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren

Ein Potten Nähmaschinen

teils wenig gebrauchte, teils neue,

bis 5 Jahre Garantie, sowie Ständer-

räder in allen Größen zu ganz be-

sonderen Abahlungsbedingungen.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Nur gelernte Mechaniker.

Keine Verbrüngerarbeit.

Wilo-Fabrikverkaufsstelle Riesa

Bismarckstraße 11

Otto Mühlbach.

Der Endkampf um das Schulgesetz.

10. Berlin. Im Reichstag wurde die parlamentarische Situation gestern abend dahin beurteilt, daß die Verhandlungen über das Schulgesetz nunmehr in das Endstadium eingetreten sind. In diesem Sinne wird auch die Tatsache gewertet, daß Graf Beckers den interfraktionellen Ausschuss auf Freitag nachmittags 4 Uhr einberufen hat. Inzwischen wollte, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages mitteilt, der Ausschuss am Freitag um 12 Uhr vormittags die Zentrumsfraktion noch einmal Gelegenheit nehmen, die Situation zu prüfen und ihre Stellungnahme für die interfraktionellen Verhandlungen vorzubereiten. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Fraktionsführung bereits gestern abend abgehalten; aus Kreisen dieser Partei wird erklärt, daß die Erhaltung der Einmütigkeit für die Aufrechterhaltung des bisherigen Standpunktes ergeben hat. Auf dieser Seite rechnet man damit, daß das Zentrum in der interfraktionellen Besprechung nun mit den angeklagten bestimmten Fragen hervortreten wird, und daß dann vielleicht schon morgen, sicher aber in den nächsten Tagen, die Entscheidung über die Frage fallen wird, ob ein weiteres Verhandeln über das Schulgesetz überhaupt noch Zweck hat.

Sowohl im Zentrum als auch in der Deutschen Volkspartei wird weiter der Wunsch betont, den Etat noch erst zu erledigen, ehe der Reichstag bei einem Scheitern der letzten Verhandlungen des Schulgesetzes auseinandergeht; und zwar denkt man sich für diesen Fall die Form so, daß die Koalitionsparteien in einer Erklärung feststellen, daß die Verhandlungen über das Schulgesetz gescheitert sind, daß sie aber den Willen haben, den Etat sachlich zu erledigen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß über eine solche Vereinbarung bereits zwischen maßgebenden Stellen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei verhandelt worden ist.

10. Berlin. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei besprach die Frage des Schulgesetzes, eina aber ohne Beschlüsse auseinander, da sie erst das Ergebnis der Verhandlungen innerhalb der Zentrumsfraktion abwarten wollte.

Die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Demokraten besprachen ebenfalls das Schulgesetz und andere aktuelle Fragen, ohne Beschlüsse zu fassen.

Die Sozialdemokratische Fraktion verhandelte in ihrer Sitzung über die Ausschussberatungen über den Militäretat und beauftragte ihre Vertreter im Ausschuss, auf Erparnisse in diesem Etat hinzuwirken.

Minister Weber über Mittelstand und Staatswirtschaft.

10. Wien. Der österreichische Finanzminister Weber sprach am Montag abend in einer gut besuchten Versammlung in der Ortsgruppe Wiener der Reichspartei des deutschen Mittelstandes über das Thema „Mittelstand und Staatswirtschaft“. Er machte für den gegenwärtigen hohen Steuerdruck in erster Linie die Reparationslasten verantwortlich, da es auf die Dauer unmöglich sei, 2 1/2 Milliarden jährlich zu zahlen. Ebenso untragbar sei eine Gesamtzahlung von 50 oder gar 132 Milliarden leisten zu können. Der heutige Parlamentarismus nehme auf finanzielle Möglichkeiten durchaus keine Rücksicht. Es müsse Aufgabe des kommenden Finanzausgleichs sein, daß die Länder ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer erzielten. Von der Einführung des Einheitsstaates ver sprach sich der Minister nur eine ganz unumwandelte Erparnis. Seine große Gefahr sei die wirtschaftliche und kulturelle Zentralisierung in Wien. Im Gegensatz zum Einheitsstaat müßten große einander verwandte Wirtschaftskreise, wie zum Beispiel Sachsen und Thüringen, zusammengefaßt werden. Was die Verwaltungsreform anlangt, so sei der Abbau der Aufgaben notwendig. Der Minister mahnte sich weiterhin gegen die Aufhebung verschiedener Amtsgerichte und Verlegung von Bauämtern. Die Stellung des Finanzministers sei heute wesentlich schwieriger als früher, da ihm kein Vorrecht mehr zuteile. Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß dem heutigen Parlamentarismus Selbstdisziplin und Selbstbeschränkung mangle.

Der Antrag der englischen Arbeiterpartei.

10. London. Im Unterhaus brachte gestern Henderson den angeforderten offiziellen Änderungsantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede ein. Der Antrag bedauert, daß die Thronrede keine Maßnahmen erwähnt, um die Arbeitslosigkeit besonders in der Bergwerksindustrie und den übrigen Schlüsselindustrien zu bekämpfen. Die Lage in der Bergwerksindustrie, führte Henderson in der Begründung seines Antrages aus, ist, wie sie noch nie gewesen ist. Ein Fünftel unserer Arbeitslosen ist Bergarbeiter. Die Annahme des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit hat 100 000 Bergleute zum Feiern gezwungen, und es ist nicht der Regierung, dieses Gesetz sofort rückgängig zu machen. Solange das nicht geschehen ist, wird man in den Bemühungen, die guten Beziehungen zwischen den Bergleuten und ihren Arbeitgebern wieder herzustellen, wohl kaum Fortschritte erzielen. Die Regierung, schloß Henderson, steht mit gekreuzten Armen zu, wie eine der wichtigsten Schlüsselindustrien in Trümmer fällt.

Das Denkmal für Saig.

10. London. Das Unterhaus hat einstimmig einen Antrag angenommen, dem verstorbenen Feldmarschall Saig auf Kosten der Nation ein Denkmal errichten zu lassen.

Austritt des syrischen Kabinetts.

10. Paris. Wie aus Beirut gemeldet wird, ist der Staatspräsident von Syrien, Ahmed Rami Bey, mit seinem Kabinett zurückgetreten. Die Demission wird damit begründet, daß die bevorstehenden Wahlen unter der Führung von neuen Männern vorgenommen werden sollen. Der französische Oberkommissar für Syrien, Bojot, nahm die Demission an. Ahmed Rami Bey, ein Schwiegersohn Abduls Samids, gehört der französischenfreundlichen Partei in Syrien an.

Sturm an der Ostküste.

10. Danzig. (Danzig.) Der seit vorgestern wütende Orkan hat bisher alle Maßnahmen zur Bergung des gestern bei Schelpin gestrandeten Dampfers Maria Theresia vereitelt. Die Befahrung des Schiffes ist außer Gefahr und befindet sich wohlauf. Zur Bergung halten sich ein Danziger Schlepper und der Dampfer Seeadler aus Gdynia bereit.

Durch den Sturm, der zeitweilig Windstärke 10 erreichte, ist sowohl in Danzig wie auf dem flachen Lande vielfach Schaden angerichtet worden. Nach Mitteilung des Observatoriums ist mit einer Wenderung der Witterungslage vorläufig nicht zu rechnen.

Die Aufgabe der deutschen Wehrmacht.

Ausführungen des Reichswehrministers Dr. Groener.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages

10. Berlin. Die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums fort. Zur Beratung steht zunächst nur das Gezeirwesen.

Reichswehrminister Dr. Groener

führte etwa folgendes aus: Die Aufgabe der Wehrmacht der deutschen Republik im Gegensatz zum alten Reich des kaiserlichen Deutschland ist durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben. Wir sind durch den Versailler Vertrag in einer Weise gefesselt, wie es für ein souveränes Volk fast unerträglich ist. Wir sind aber an diese Bestimmungen einmal gebunden. Im Sinne der Kriegsführung der Vergangenheit ist die Verwendung der Reichswehr nicht möglich. Aber wie die Kriegskunst weitergehen wird, wissen wir nicht. Es bleibt nichts übrig, als die Augen offen zu halten und zu beobachten, wie die weitere Entwicklung auf diesem Gebiete sich gestaltet. An den Bestrebungen zum Fortschritt können wir nicht in der Weise der abstrakten Völker teilnehmen. Wir können keine Kriegsführung großen Stils mit unserem 100 000-Mann-Heer bei 12jähriger Dienstzeit mehr machen, und so stimme ich dem Außenminister durchaus in dem zu, was er über den französischen Ruf nach Sicherheit ausgeführt hat.

Wir werden alles tun, um die Grenzen zu schützen, um in Zeiten politischer Spannung die Neutralität sicherzustellen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß unser kleines Heer größte Schlagkraft und Manövrierfertigkeit haben. Der hier und da auftauchende Gedanke, daß die Reichswehr ein überflüssiges Instrument wäre, ist ganz abwegig. Wer diesen Gedanken hegt, verkennt die im Verkehr der Völker waltenden Kräfte. Ob diese sich später ändern werden, weiß ich nicht, vorläufig steht es nicht danach an. Deshalb muß auch die Reichswehr ein schlagkräftiges und manövrierfähiges Instrument bleiben. Ich möchte wünschen, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nie mehr in diese innere Gärung einzureißen braucht.

Nicht ist dem Soldaten verbotener, als im Innern des Landes mit Aufgaben der Polizei betraut zu werden. Die Reichswehr muß doch unter allen Umständen bereit sein und Sicherheit geben, daß niemand es wagt, an einen Umsturz zu denken. Die Reichswehr ist ein Instrument für die Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung. Deshalb muß die Reichswehr ein vertrauliches und zuverlässiges Staatsdieners sein.

Zur Frage der Tradition der Reichswehr lehnte der Minister alle Neuherstellungen ab, ebenso alle Wünsche auf etwaige Wiederherstellung vergangener Formen, verlangte dagegen enge Anlehnung an den alten aufopfernden Soldatengeist kaiserlicher Kaiserlandstände. Dieser soldatische Geist habe Freund und Feind höchste Achtung eingeflößt, und wir hätten keine Ursache, das, was selbst unsere Feinde respektiert hätten, zu mißachten. Der Minister verlangte auch absolute Achtung der Symbole des Staates. Jede politische Betätigung von Reichswehrangehörigen lehnte der Minister ab. Die Reichswehr sei ein Instrument des deutschen Volkes und daher nicht einzelnen Parteien dienlich. Sie diene lediglich den verfassungsmäßigen Gewalten.

Wir hoffen, daß die Selbstmordtende mehr und mehr verschwinden wird. Wir wollen uns absolut loyal dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit im enghen Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet.

Schweres Straßenbahnunglück bei Diedenhofen.

17 Tote — zahlreiche Verletzte.

10. Diedenhofen (Noblingen). In der Gegend von Diedenhofen hat sich ein Teil eines Straßenbahnzuges losgelöst und ist mit einem von Haguenau kommenden Straßenbahnwagen zusammengefahren. Bis jetzt verzeichnete man 17 Tote und zahlreiche Verletzte, die in verschiedenen Krankenhäusern untergebracht worden sind. Der Straßenbahnwagenführer hat die Flucht ergriffen. Er scheint irrtümlich geworden zu sein.

Im Diskussionshahn des Reichstages

erwiderte auf die Frage, ob dem Antrag Dr. Schmidtschneiders auf Vorlegung eines großzügigen Ostprogramms stattgegeben werden würde, namens der Reichsregierung Min.-Direktor Damman, die Regierung werde in etwa 14 Tagen zunächst ein Ostvertragsprogramm als Richtungsstat vorlegen. Das Programm für die übrigen Ostgebiete könne erst etwas später vorgelegt werden, da es sich dabei um sehr umfangreiche Arbeiten handele.



Der neue belgische Staatspräsident Bürgermeister Adelaing, bisher Präsident des belgischen Landtags.

Wenn die Phoebe-Angelegenheit den Eindruck erwecken ließ, als ob wir in Finanz- und wirtschaftspolitischen Dingen einen Ehrgeiz hätten, so ist das eine abwegige Anschauung. Es wird alles geschehen, um jeden Verdacht in dieser Richtung restlos auszuräumen. (Zuruf: Nie! Nie! Nie!) Ich werde alles tun, jeder illegalen Selbstständigkeit ein Ende zu bereiten. Die Aufstellung des Etats ist mit größter Sparsamkeit vorgenommen; die Absätze, die der Reichstag gemacht hat, sind nicht tragbar.

Ueber die Art der Heeresergänzung habe ich kein eigenes Urteil. Neue Bestimmungen sind erlassen; ich muß die Erfahrungen damit abwarten. Ueber den Offiziersersatz habe ich gleichfalls noch kein Urteil. Ich werde die Waffenschulen besuchen. Gerade bei der kleinen Armee spielt das Problem der Führerleistung eine außerordentlich wichtige Rolle.

Der Fall Babide ist für uns erledigt. Der Ausweis für ihn ist zurückgezogen.

Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlita“ teile ich nicht. Ich kann wirklich hinter diesem Besuch nichts besonderes finden, ob in allen Dingen angemessen dabei vorgegangen ist, will ich nicht erörtern.

Die dieser Schiebung ist eine ganz gemeine, gewöhnliche able Schiebung, die vor den Staatsanwaltschaft gehört. Sollte irgend ein Anhänger der Wehrmacht daran beteiligt sein, so liegt er in hohem Maße aus der Wehrmacht heraus.

Bei der Flaggenschiffung in München ist nach den Bestimmungen des Flaggengesetzes verfahren. Die Sächsischen Korrespondenz endlich hat niemals Mittel vom Reichswehrministerium bekommen.

Die Phoebe-Angelegenheit.

Der Reichswehrminister gab dann eine längere Erklärung in der Phoebe-Angelegenheit ab. Die der Reichskanzler bereits am 20. Januar mitgeteilt hat, fanden der Marine aus der Abwicklung des Krieges und seiner Folgerückwirkungen gewisse Sondermittel zur Verfügung, deren Verwaltung dem Kapitän Lohmann anvertraut wurde.

Der Minister schilderte die Tätigkeit des Kapitän Lohmann im einzelnen. So sei z. B. einer der ersten Aufträge zum Kapallo-Bertrag eng mit dem Kommando verbunden.

Ueber die Phoebe-Angelegenheit im besonderen führte der Minister folgendes aus: Die Fesseln des Vertrages von Versailles liegen in Kapitel Lohmann die Idee auszuwickeln, an dem durch den Friedensvertrag nicht verbotenen Kampf der Weltanschauungen innerhalb und außerhalb Deutschlands ein Interesse zu nehmen. Er sah eine Gelegenheit dafür auf dem Gebiete des Films; da die Regierungen vieler anderer Länder schon seit Jahr und Tag bemerkt sind, sich dieses neuen Propagandamittels durch Einnahme zur Beherrschung nationaler Belange zu bedienen. Bei dem Fehlen einer deutschen Reichsstelle glaubt Kapitän Lohmann das gleiche Ziel dadurch erreichen zu können, daß er sich mit Geldmitteln an einer deutschen Filmgesellschaft beteiligte. Die damals in verheißungsvollem Ausmaß begriffene Phoebe-Film-A.G. sah ihm besonders geeignet, und zwar insbesondere deshalb, weil er der Phoebe-Direktor Correll für einen vertrauenswürdigen Filmsachmann hielt, der übrigens in unmittelbarem Anschluß an sein Auscheiden aus der Phoebe-Film-A.G. in den Vorstand der Ufa übernommen worden ist, woraus hervorgeht, daß man zu den Fähigkeiten des Direktor Correll Zutrauen besitzt.

(Schluß folgt.)

Die heutige Fraktionsitzung des Zentrums

im Reichstag dauerte nur eine halbe Stunde. Nachdem der Abg. von Querard vorher mit dem Reichskanzler gesprochen hatte, nahm die Fraktion einen informatorischen Bericht über die Lage entgegen. Die entscheidenden Beschlüsse wurden, wie das Nachrichtenbüro des Zentrums weiter hört, auf die nächste Woche vertagt.

Schulkreuzer „Berlin“ unterwegs nach Rangoon.

10. Berlin. Schulkreuzer „Berlin“ ist in Trincomah (Ceylon) eingelaufen und wird am 12. Februar nach Rangoon (Indien) in See gehen.

Paul Boncour über den Völkerbund als Friedensfaktor.

10. Paris. Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat gestern in einer sozialistischen Versammlung in Gueret eine Rede gehalten, in der er, wie bereits berichtet, ausführte: Die Finanzlage darf — so ernst sie auch sein mag — die Aufmerksamkeit des Weltvolkes nicht von einer Frage ablenken, die ebenso ernst, ja noch ernster ist. Denn unsere Not ist eine Folge des Krieges, und welche Bewusstseinswände ein neuer Krieg hervorrufen! Diese Hypothese kann leider nicht für immer ausgeschlossen werden. Es wäre Versehen, zu behaupten, daß diese Hypothese unmöglich geworden ist. Hiedurch betonte Paul Boncour den in der ganzen Welt verbreiteten Friedenswunsch, der alle Nationen befehle, und ging in diesem Zusammenhang auf die sogenannte Organisation des Friedens ein, die allein der Völkerbund sicherstellen könne. Der Völkerbund dürfe, so erklärte er, nicht eine Akademie sein, in der man sich über den Frieden austrede, oder ein Panzerfeld, auf dem die Diplomaten zusammentreffen, ein Ort, an dem man sich darüber einigt, daß man nichts tun wolle. Der Völkerbund könne und müsse ein unvergleichliches Friedensinstrument sein, so wie es niemals in der Geschichte bis jetzt vorhanden gewesen sei. Wenn man das Weirüsten zwischen zwei Kriegen erlebt habe, und wenn man feststelle, mit welcher tragischer Fatalität in den Tagen vor dem Kriege jeder, weil er nicht genau wußte, was man auf der anderen Seite tat, seinerseits lieberhafte Vorbereitungen traf, aus welchen der unvermeidliche Konflikt hervorgehen würde, dann frage man sich, wie es noch möglich sei, Demokratie und Sozialismus geben könne, die blind genug seien, nicht anzuerkennen, daß ohne internationale Kontrolle eine internationale Organisation nicht möglich sei, ebensowenig eine Prüfung und ebensowenig der Friede. Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen in Frankreich, die über einen Einfluß auf die Wahlen in Deutschland und England ausüben würden, schloß Paul Boncour, eine organische, wirksame und beständige Friedenspolitik könne nicht getrieben werden ohne die Hilfe des Sozialismus, der durch seine internationale Verankerung dieser Politik am meisten dienen könne.

Politische Tagesübersicht.

Nachkriegsabschließung Dr. Frankfurter. Anstelle des verstorbenen Abgeordneten Haschke tritt Rechtsanwalt Dr. Richard Frankfurter, Berlin-Wilmersdorf (Deutsche Demokratische Partei) in den Reichstag ein.

Die neue württembergische Besoldungsordnung. Das Staatsministerium hat den Entwurf der neuen württembergischen Besoldungsordnung fertiggestellt und dem Landtag zugehen lassen. Die Besoldungsordnung ist eine Anlage des Entwurfs eines neuen württembergischen Beamtengesetzes, das in der nächsten Zeit vom Staatsministerium fertiggestellt werden wird.

Der Anschlag auf Dr. Bu. Der aus Kanton gebürtige Chinese, der den bereits gemeldeten Anschlag auf den früheren Außenminister der Kantingregierung Dr. Bu und den ehemaligen Dekan der Amoy-Universität Sunfeng, verübte, legte das Geständnis ab, er habe beabsichtigt, Dr. Bu sowie zwei andere Mitglieder der Augenblicklich auf einer Reise um die Welt befindlichen nationalchinesischen Mission zu töten.

Abschiedsbesuch des rumänischen Botschafters durch den Reichspräsidenten. Der Herr Reichspräsident hat gestern den rumänischen Botschafteren Herrn Rano zur Entgegennahme seines Abschiedsbesuchs empfangen. Bei dem Empfang war außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Schubert zugegen. Beim Eintreffen des Botschafters im Vorhofe des Reichspräsidentenhauses und beim Verlassen erwies eine Ehrenwache der Reichswache militärische Ehrenbezeugungen.

Die englische Arbeiterpartei fordert die Wiedereinführung des Achtstundentages. Im weiteren Verlauf der Untersuchung brachte Arthur Henderson im Namen der Arbeiterpartei den Ergänzungsantrag zur Thronrede ein und gab dem Bedauern Ausdruck, daß die Thronrede die dringende Forderung der Arbeiterpartei, insbesondere in der Kohlenindustrie und anderen Schlüsselindustrien, unerwähnt lasse. Während der vergangenen drei Jahre habe die Regierung sehr viel damit verbracht, gesetzgebende Maßnahmen auf diesem Gebiete einzuführen, die aber nur zu einer Verschlechterung der Bedingungen und zu einer Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen geführt hätten. Die Arbeiterpartei glaube, daß durch eine Verminderung der lokalen Ausgaben auch eine Erleichterung in der industriellen Entwicklung eintreten würde. Henderson betonte weiter, daß das direkte Ergebnis der Abschaffung des Achtstundentages im Kohlenbergbau in einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Bergbau um mehr als 100.000 Mann bestanden habe. Solange das Gesetz auf Abschaffung des Achtstundentages bestehe, sei nur ein sehr geringer Fortschritt im englischen Bergbau in der Richtung der alten traditionellen Zusammenarbeit zwischen Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern möglich.

Vertrauensvotum für die französische Regierung. Die Kammer hat gestern nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die Tagesordnung der tabulierten Finanzen (Fraktion Louchet), in der der Regierung für ihre Finanzpolitik das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 70 gegen 131 Stimmen angenommen.

Holland und die Statistik über den Waffenhandel. In ihrer Mitteilung an das Generalsekretariat des Völkerbundes weist die Regierung der Niederlande darauf hin, daß die Niederlande und Spanien bis zur Stunde die einzigen Länder seien, die die Resolution der Völkerbundsversammlung vom 22. September 1925 durchzuführen haben, in der den Regierungen empfohlen wird, statistische Erhebungen über den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial zu veröffentlichen. Die Regierung der Niederlande werde ihre Veröffentlichung einstellen, wenn ihr Beispiel nicht von anderen Ländern befolgt werde.

Wegen eine nochmalige Nominierung Coolidges. Eine von dem Senator Va Follette eingebrachte Entschließung, die die Annahme einer dritten Amtsperiode durch den Präsidenten grundsätzlich verurteilt und Coolidge außerdem direkt auffordert, diese Wiedererwählung zu ablehnen, hat im Senat eine erregte Debatte hervorgerufen. Anhänger der Nominierung Coolidges führten aus, er habe sich um die Präsidentschaft nur einmal beworben, während von gegnerischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß er zweimal als Präsident vereidigt worden ist. Da die Demokraten und die sog. progressiven Republikaner gegen eine Wiederwahl Coolidges sind, wird nach einer Meldung der Associated Press angenommen, daß die Entschließung bei der morgigen Abstimmung eine Mehrheit finden wird. Die Va Follette, so hat auch das aus Wisconsin kommende Kongressmitglied Wed eine inhaltlich gleiche Entschließung im Repräsentantenhaus eingebracht.

Englische Blätter über den deutschen Kriegsfilm „Des Volkes Rot“. Aufgeklärt der augenblicklichen Auseinandersetzung über den Kurie Cavell-Film sind die Berichte von besonderem Interesse, die von den englischen Berichterstattern in Berlin über den dort zur Vorführung gelangten zweiten Teil des großen deutschen Kriegsfilms „Des Volkes Rot“ an ihre Blätter gesandt worden sind. Der Berliner Berichtserhalter der Times schreibt: „Die Frage der Objektivität des Films wurde erörtert, als der erste Teil im April gezeigt wurde und der damals gewonnene Eindruck wird bestätigt. Der Film ist ein wirklicher Versuch, den Krieg bei einer nationalen Vorführung so vorurteilsfrei wie möglich darzustellen. Es kommt nicht in Betracht, daß der Film ein Vorwand vor, der verlesen könnte, die gegen Deutschland gekämpft haben.“ Dasselbe schreibt sein Berliner Telegamm über den deutschen Kriegsfilm „Deutschlands Beitrag zum Frieden“. Das Telegramm des englischen Berichtserhalters schließt mit den Worten: „Dieser zweite Teil des deutschen Kriegsfilms ist wie der erste Teil, der in Berlin vor etwa 10 Monaten gezeigt wurde, angenehm fair in seiner Darstellung der großen Szenen der Tragödie Europas und mühte dazu beitragen, die Sache der Vernunft und des Friedens zu fördern.“

Die amerikanische Flottenvorlage. Times berichtet aus Washington, es wird in manchen Kreisen erwartet, daß der Senat bei Prüfung des neuen Flottenprogramms eine Bestimmung einfügen wird, die den Präsidenten ermächtigt, im Fall einer neuen Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen „den Bau ganz oder teilweise zu suspendieren.“

Besuch des Primas von Polen in Berlin. Der Primas von Polen, Kardinal Hlond, Erzbischof von Polen-Gnesen, wird am kommenden Montag der fürstbischöflichen Delegation in Berlin einen Besuch abstatten. Wie verlautet, wird in den Besprechungen mit Weihbischof Dr. Deitmer hauptsächlich die Katholisierung der Polen in Deutschland behandelt werden. Am Montagabend gibt Rutilius Vacelli zu Ehren des Kardinals ein Diner. Während seines Berliner Aufenthaltes wird Kardinal Hlond im Dominikanerkloster Wohnung nehmen. Am Dienstag früh begibt sich Kardinal Hlond zum Fürstbischöflichen Vertretung nach Breslau.

Verschlechterung der russisch-polnischen Beziehungen. Wie jetzt bekannt wird, haben sich entgegen anderen Voraussagen die russisch-polnischen Beziehungen in der letzten Zeit eher verschlechtert als gebessert. Es wird davon gesprochen, daß von englischer Seite ein Druck gegen das Zustandekommen der polnisch-russischen Verhandlungen ausgeübt worden sein soll. Die polnische Presse sucht den zungen Drogenkomplex nach Möglichkeit zu verschleiern und der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Aber Wahrscheinlichkeit nach dürfte sich aber das Moskauer Risiko als eine Angelegenheit herausstellen, die weit über den Rahmen angeblicher persönlicher Differenzen hinausgeht. Wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, war die Entscheidung

Sächsischer Landtag.

Ausbau und Arbeitszeit in den Sächsischen Werken.

Landes-Brandversicherungsanstalt. — Schulfragen.

III. Dresden, 9. Febr. 1928.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist sich Abg. Grefmann (Dn.) dagegen, daß der Abg. Wehle (Soz.) den ihm (Grefmann) gegenüber im März v. J. erhobenen und zurückgewiesenen Vorwurf der Denunziation für sich in einer öffentlichen Wählerversammlung wiederholt habe. Er stelle nochmals fest, daß sich der falsche Vorwurf auf angeblichen Jurist stütze, den er (Grefmann) nicht gekannt habe, sondern der eigenmächtig vom Abg. Wehle in das Stenogramm einer Landtagsrede eingefügt worden sei. (Ort, hört!)

Präsident Schwarz: Es ist natürlich unzulässig, daß ein Abg. in dem Stenogramm der Rede eines anderen Korrekturen vornimmt. Der Abg. Wehle hat sich damit entschuldigt, er habe in Unkenntnis gehandelt, aber in dem Glauben, daß der Zwischenruf tatsächlich von Herrn Grefmann erfolgt sei.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die am Samstag abgehaltene Beratung über mehrere kommunistische und sozialdemokratische Anträge, sowie einer Anfrage, die sich mit den Arbeitsverhältnissen in staatlichen Betrieben beschäftigt.

Abg. Schreiber-Oberwiesing (Komm.) berichtet über den kommunistischen Antrag betr. Wahrung von Arbeitsverhältnissen und betr. Zurücknahme der Kündigung im staatlichen Kraftwerk Gengenfeld.

Abg. Wehle (Soz.) berichtet über den Antrag betr. die Reparaturwerkstätten der staatlichen Kraftwagenlinien.

Abg. Ober (Soz.) beantragt den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, welche neben den bestehenden Einzelbetriebsräten die Bildung eines Gesamtbetriebsrates für die Werke der K. u. S. Sächsischen Werke ermöglicht.

Eine sozialdemokratische Anfrage, die Abg. Hertel (Soz.) begründet, bezieht sich mit der Durchführung der Landtagsbeschlüsse in Bezug auf die Innehaltung des Achtstundentages in den Betrieben der K. u. S. Sächsischen Werke.

Ministerialdirektor Dr. Juch verliest eine längere Erklärung, aus der zu entnehmen ist, daß es der K. u. S. Sächsischen Werke nicht möglich sei, einen Gesamtbetriebsrat einzuführen, da die Werke zu sehr zerstreut lägen. Nebenbei kämen die Einzelbetriebsräte jährlich einmal in Dresden zusammen. Die Arbeitszeit in den Sächsischen Werken entspreche den mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen. Schon aus diesem Grunde vermöge die Regierung die Beschlüsse des Landtags nicht durchzuführen. Die Staatlichen Betriebe müßten konfurrenzfähig bleiben und könnten nicht eine Maßnahme durchzuführen, die weit über die Grenzen Sachsens hinaus eine Störung der Arbeitsverhältnisse herbeiführen würde. Es erwidert sich zwischen den Rednern der Kommunisten, Antisozialisten und Antisozialisten vor fast leerem Hause eine endlose Debatte, in der neue Gesichtspunkte nicht zutage treten. Angenommen wird schließlich der sozialdemokratische Antrag betr. die Reparaturwerkstätten der staatlichen Kraftwagenlinien. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Es gelang dann die Vorlage über den Geschäftsbericht der Landes-Brandversicherungsanstalt auf das Jahr 1926 zur zweiten Beratung.

zweiter Delegierter nach Rodgau überhaupt ein übereilter Schritt, der aus diesem Grunde bei der Sowjetregierung Verwirrung erregt und somit die Annäherung von polnisch-russischen Verhandlungen eher verzögert als beschleunigt hat.

Der Besuch der Reichstagsdelegationen im Grenzgebiet. Der Reichstagsausschuß und der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigten gestern gemeinsam mit dem Reichsverkehrsminister Dr. Koch und den anderen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des preussischen Ministerpräsidenten und des preussischen Handelsministeriums die geplante Mühlendammstelle für den Neben-Mühlkanal bei Neuh. In Ort und Stelle erörterte Oberbürgermeister Häpfer-Reich die Pläne und gab einen Überblick über die derzeitigen und die zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Um 14 Uhr traten die Regierungsvertreter und Ausschußmitglieder von Breslau aus die Rückreise nach Berlin an.

Minister Grzesinski über den neuen Staat.

„Aber! Im Rahmen einer vom Reichstagen veranstalteten Vortragsreihe sprach gestern Abend Minister des Innern Grzesinski über das Thema: Der neue Staat. Er führte u. a. aus: Wir müssen feststellen, daß im neuen Staat die Bürokratie mächtiger ist denn je. Noch so gute Gesetze nützen wenig oder nichts, wenn die Ausführung durch die Verwaltungsorgane schlecht oder faulig geschieht. Der Kampf um die Verwaltung, um die Demokratisierung der Verwaltung ist heute noch in vollem Gange und muß durchgeführt werden gegen den Widerstand der Opposition und gegen die mangelnde Einsicht mancher Republikaner. Denn die Veronalpolitik ist für die Eroberung der politischen Verwaltung von entscheidender Bedeutung. Heute sind viele künftliche Verbindungen eine Wegstätte reaktionären Geistes; aber das Monopol der Corps auf die Verwaltungslaufbahn ist durchbrochen.“

Mit Bezug auf die Länderkonferenz erklärte der Minister: Selbst bei wohlwollender Beurteilung dieser Konferenz kann man nicht sagen, daß ihr Ergebnis irgendwie lobend genannt zu werden verdient. Ich bin Anhänger des Einheitsstaats; aber ich überschätze nicht seine Bedeutung für das deutsche Staatsleben, wie das vielfach geschieht. Vor allem halte ich es für eine groteske Idee, die Einheit damit beginnen zu lassen, das größte Land im Deutschen Reich, Preußen, zunächst zu zerlegen und in viele neue selbständige Bezirke aufzuteilen.“

Der Minister wandte sich dann der Frage der Verwaltungsreform zu und sagte, eine Reform in Richtung einer Vereinfachung der Verwaltung sei dringender nötig. In dieser Beziehung sei die preussische Regierung nicht untätig gewesen. Der Minister schloß: Unsere Aufgabe ist es, unsern Anteil an der politischen Macht auch in der politischen Staatsverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Erst wenn das gelungen ist, werden wir sagen können, daß wir vollendet haben, was die Revolution begonnen hat.

Keine Einigung im nordwestböhmischem Bergwerkskonflikt.

Präsident. Ueber die gestrigen Lohnverhandlungen im nordwestböhmischem Bergbau ist folgende Mitteilung ausgegeben worden: Die am 4. Februar unterbrochenen Verhandlungen wurden heute fortgesetzt. Trotz mehrfacher eingehenden Beratungen ist keine Einigung zustande gekommen. Zum Schluss haben beide Parteien übereinstimmend erklärt, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit sind.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Schwarz (Dn.) beantragt, den Geschäftsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ein Antrag Schreiber-Mischwitz (Dn.) verlangt, daß die Anstalt vom 1. Januar 1928 ab die Hälfte der Aufwendungen zu tragen hat, die für die Mitwirkung der bediensteter Bezirksfeuerwehren und Motorpompentruppen entstehen.

Durch einen Antrag Prof. Dr. Kalkner (Dem.) wird die Regierung ersucht, von jeder Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der Mobilisationsabteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt abzusehen, vielmehr auf baldigen Abbau dieser Abteilung Bedacht zu sein.

Ein Antrag Kippe (Dn.) endlich fordert, die einseitige Verantwortlichkeit von Staatsbeamten für die Landes-Brandversicherungsanstalt, insbesondere aber für deren Mobilisationsabteilung, völlig zu unterbinden. Sämtliche Winderbeitsanträge werden abgelehnt, während der Ausschussantrag Annahme findet.

Die weiteren Verhandlungen betreffen den Entwurf eines

Schuländerungsgesetzes,

einen sozialdemokratischen Antrag auf Durchführung der Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes über die Pflichtschuldenzahl ab 1. April 1928 und einen demokratischen Antrag zum Schulbedarfsgesetz.

Abg. Krät (Soz.) kündigt verschiedene Abänderungsanträge zum Gesetzentwurf für den Ausschuß an und begründet dann den Antrag seiner Partei.

Dann werden der Entwurf und die Anträge an den Reichsausschuß verwiesen.

Weiter gelangt ein sozialdemokratischer Antrag auf Uebernahme der Schulaufsicht der Gemeinden auf den Staat zur Vorbereitung. Der Antrag wird vom Abg. Rehrig (Soz.) begründet.

Abg. Schreiber (Dn.) erklärt, der vorliegende Antrag, der seine volle Berechtigung habe, setze nun bald sein 25jähriges Jubiläum. Der Antrag geht schließlich an den Haushaltsausschuß.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei endlich verlangt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Reichsbahn zur Uebernahme einer ausreichenden Haftpflicht für ihre Kraftverkehrsleistungen im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches veranlaßt wird. Der Ausschuß beantragt Annahme des Antrages, das schmachbehaftete Haus stimmt dem zu. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag, 14. Februar, nachmittags 1 Uhr.

* Dresden. Im Landtag ist folgender Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß in der für das sächsische Wirtschaftsleben hochbedeutenden Oberlausitz, besonders in deren südlichem Teil, das Eisenbahnwesen ausgebaut wird. Hierbei soll in erster Linie die Verbesserung der Verkehrsbedingungen mit Jittau ins Auge gefaßt und die Durchführung des Ausbaus der Strecke Jittau-Bischdorsberda zu einer zweigleisigen vorgenommen werden.

Zur Lage der deutschen Handelspolitik.

Abg. Berlin. Eine Hauptausschuß-Sitzung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses beschäftigte sich u. a. mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Handelspolitik. Das Referat hierüber erstattete der Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, Herr Gehelmeat Dr. Demuth.

Der Redner wies auf das gewaltige Passivum der deutschen Handelsbilanz während der letzten Jahre mit Ausnahme von 1926 hin, welches zu schwereren wirtschaftlichen Belangen Anlaß gäbe. Ein Ausweg könne nicht gesehen werden in einer Drosselung der Einfuhr, da der überwiegende Teil der eingeführten Waren Rohstoffe, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse darstelle, welche im Inland nicht in hinreichender Menge erzeugt werden können. Künstliche Maßnahmen zur Senkung der Einfuhr, wie vor allem eine Zollverhöhung für landwirtschaftliche Erzeugnisse seien kein geeignetes Mittel, da sie eine generelle Steigerung des deutschen Preisstandes mit all ihren verhängnisvollen Wirkungen im Gefolge haben müßten. — Die wesentliche Aufgabe liege bei der Redner in einer Steigerung der Ausfuhr. Hierzu sei Voraussetzung, die schubhindernde Tendenz des Auslandes abzuwachen. Behauptungen zur Schaffung eines größeren europäischen Wirtschaftsgebietes müßten grundsätzlich nachträglich gefördert werden. — Für Deutschland sei das wichtigste Mittel, zur Ausbarmung der Handelsverhältnisse in anderen Staaten zu kommen, der Abschluß von Handelsverträgen. 1927 sei in dieser Beziehung ein fruchtbares Jahr gewesen. Insbesondere das Zustandekommen eines Vertrages mit Polen sei für die deutsche Industrie von außerordentlich großer Bedeutung, andererseits müsse man auf deutscher Seite bestrebt sein, die lebenswichtigen landwirtschaftlichen Interessen nach Möglichkeit zu schützen.

Zu der pommerischen Sememordangelegenheit

wird mitgeteilt, und zwar von der Oberstaatsanwaltschaft, daß der ermordete Paul Schmidt bereits auf dem Gute Stehlin durch einen Dieb auf den Kopf ungeschädigt gemacht worden ist. Dann wurde er nach dem Gut Wolsenfeld gebracht und schließlich in einer Wichtung in der Nähe des Guts Liebenow durch Wiktorschke Ottos und Oetnes getötet und eingescharrt. Als in den umliegenden Dörfern Gerüchte über die Tat und den Ort auftauchten, wurde die Leiche wieder ausgegraben und an einer andern Stelle verscharrt. Kucher Otto und Heins befinden sich 7 Personen wegen dieser Sache in Haft. Man nimmt an, daß die Verhandlung gegen die Beschuldigten im März stattfinden wird. Die genauen Verhältnisse des ermordeten Paul Schmidt sind bisher nicht bekannt.

Zur Aufdeckung eines Sememordes nach acht Jahren.

Stettin. (Telunion.) Ueber einen Sememord im Kreis Greifenhagen sind letzte Nachrichten in die Presse gelangt, die den Sachverhalt teilweise unklar wiedergeben. Umliche Informationen konnten bisher nicht gegeben werden, um den Untersuchungsprozess nicht zu gefährden. Auf diese Weise ist es den vereinigten Bemühungen des Landes-kriminalpolizeistellen Stettin und der Justizbehörden gelungen, die ganze Angelegenheit in dreiwöchiger Arbeit aufzuklären, die im ganzen Reihe gerichtet wohnenden Zeugen und Täter zu ermitteln und die Täter festzunehmen und hierüber zu transportieren. Nachdem nunmehr Mord oder Verdunkelungsgefahr nicht mehr besteht, gibt die Oberstaatsanwaltschaft die obige Meldung bekannt.

Sechste Suntpub-Verhandlungen und Telegramme

vom 10. Februar 1928.

Zusammenbruch des Bombardiergeschäfts

Berlin. (Suntpub.) Einiges der größten und bekanntesten Berliner Bombardiergeschäfte, die Waren-Bombard- und Warenspedition G. m. b. H. in Berlin C 2, Spandauer Straße 18, dessen Inhaber der Kaufmann Max Schiewinsky ist, ist heute vormittag von der Polizei geschlossen worden. Die Kriminalpolizei verhaftete die Räume und beschlagnahmte sämtliche Geschäftsbücher. Die Angelegenheit wurde der Konkurs eröffnet.

Revolberdrama in Chicago

Chicago. (Suntpub.) Ein Reiger, dem seine Stellung gefährdet worden war, erschoss einen Mann, den er als verantwortlich für die Kündigung betrachtete und feuerte weiter mit seiner Waffe auf das anwesende Publikum. Bevor er selbst die Regel eines Vollkorns erlag, hatte er 3 weitere Personen getötet und 2 verwundet.

Veränderung des babilischen Landtagswahlgesetzes betr. Parlsruhe

Parlsruhe. (Suntpub.) Das babilische Staatsministerium hat dem babilischen Landtag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Veränderung des babilischen Landtagswahlgesetzes enthält.

Abflug eines tschechischen Militärflugzeuges

Cilag. (Suntpub.) Gestern vormittag führte etwa 5 km südlich von Prohns das von dem Korporalpiloten Kratina geführte Militärflugzeug B 17-18 ab. Bei dem Ausprall wurde das Flugzeug zertrümmert und verbrannte. Dem schwerverletzten Piloten gelang es, sich aus dem Flugzeug zu befreien. Die Ursache des Unglücksfalles wird untersucht.

Verhaftung eines Vertrauensmanns

Esar. (Suntpub.) Der am 28. Januar d. J. nach Unterschlagung von 200000 tschechischen Kronen zum Schwaben der Generer Filiale der Versicherungsgesellschaft Victoria in Berlin geflüchtete Beamte Klatschlauff ist auf Grund der Erhebungen der Esarer Staatspolizei in Würtenbal (Schwaben) verhaftet worden. Er hatte sich dort unter dem falschen Namen John aufgehalten.

Einrichtung von 30 Militärkubikeln

Mexico. Am Sonntag hatten 200 Militärkubikel Salamanca angegriffen, waren aber mit einem Verlust von 28 Toten zurückgeschlagen worden. Inzwischen ezielten die Regierungstruppen Verhaftungen und nahmen die Verfolgung der Angreifer auf. Blütemeldungen zufolge wurden 30 dieser Militärkubikel von den Regierungstruppen gefangen genommen und hingerichtet.

Der Zinsfuß

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Es ist ein Jahr her, seit die Reichsregierung (durch die sogenannte Reichsbankleihe) versuchte, den im Jahre 1926 erheblich gesunkenen Zinsfuß auf 5 Proz. festzusetzen und damit den Satz, der vor dem Kriege für öffentliche Anleihen üblich war, annähernd wiederherzustellen. Der Versuch ist mißlungen. Der Mindestzinsfuß beträgt zur Zeit etwa 7 1/2 Proz.; meist muß der Darlehensnehmer sehr viel mehr zahlen. 7 1/2 Proz. ist auch ziemlich genau die Nettoverzinsung der Reichsbankleihe, die kürzlich mit Hilfe der Reichsbank zustande gekommen ist. Demgegenüber haben andere Länder eine sehr viel niedrigere Verzinsung. In Spanien ist kürzlich eine innere Anleihe aufgelegt worden, die einen Zinsfuß von nur 4 1/2 Prozent vorzahlt. Die Anleihe ist trotzdem um ein vielfaches überzeichnet worden. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist es schwer, Geld mit 4 oder sogar 3 1/2 Prozent unterzubringen. Woran liegt es nun, daß Deutschland noch keine Ermäßigung des hohen Zinsfußes erreichen kann?

Nach für den Geldmarkt gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage. In Deutschland besteht eine lebhafteste Nachfrage nach Kapital, obwohl in vielen Fällen ein entsprechender Ertrag des in der Wirtschaft verwendeten Kapitals nicht zu erwarten ist. Wenn sich z. B. ein Landwirt zu 8 Proz. Geld leiht, während seine Aussaat besteht, daß er aus seinem Grund und Boden mehr als 4 Prozent herauswirtschaftet, so kann man das unter keinen Umständen als eine volkswirtschaftlich erwünschte Kapitalverwendung bezeichnen. Selbst unverschuldete und gut bewirtschaftete Landgüter erbringen jetzt nach der Wähernte und den Wettererträgen des vergangenen Jahres und bei den gedrückten Viehpreisen nicht einmal 4 Prozent Ertrag. Die Ermäßigung des deutschen Zinsfußes wird nur allmählich erfolgen können. Vorbedingungen hierfür sind die Ermäßigung unserer Reparationsverpflichtungen, die Festlegung einer Gesamtschuld und die Wiederherstellung unserer finanzpolitischen Selbstbestimmungsrechte. Dann werden sich für die Produzenten die Kosten des aufzuwendenden Kapitals ermäßigen, aber die Kapitalbesitzer werden sich mit einer geringeren Rente zufriedengeben müssen. Die Wohnungszwangswirtschaft und die große Rolle, welche die öffentlichen Organe auf dem Gebiete des Wohnungsbaues spielen, sind nur durch die hohen Zinsen zu erklären, die in Deutschland für Leihgeld angelegt werden müssen. Denn wenn der Zinsfuß nicht 8, sondern nur 4 Prozent betragen würde, so brauchte eine mit 10000 Mark Kapitalaufwand gedachte Wohnung nicht etwa 1000 Mark, sondern vielleicht nur 600 Mark im Monat Miete zu kosten. Wir werden also von einer Anpassung des Zinsfußes an den internationalen Durchschnitt eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Wirkungen ausgehen lassen.

Zu dem deutschen Einspruch gegen den Cabell-Film

London. Unter der Überschrift: „Der britische Kurs Cabell-Film. Ein Versuch, ihn aufzuhalten. Der deutsche Protest hat Erfolge. Selbstsame Aktion unseres Foreign Office“ veröffentlicht heute die „Daily Mail“ in großer Aufmachung einen Artikel ihres politischen Mitarbeiters, in dem es heißt: Das britische Foreign Office hat einen außerordentlichen Schritt unternommen. Die deutsche Regierung hat seit beträchtlicher Zeit gegen die Vorführung des britischen Kurs Cabell-Films Einspruch erhoben. Die Proteste der deutschen Regierung haben Erfolge gehabt; unser Foreign Office hat der britischen Direktion der Filmgenossen mitgeteilt, daß große Verärgerung durch die öffentliche Vorführung des Films in der Gestalt, die ihm vermutlich gegeben werden würde, erzeugt werden würde. Nach dem Blatte ist die Direktion der Filmgenossen nicht verpflichtet, Weisungen der Regierung anzunehmen. Aber selbst wenn die Regierung es ablehnt, den Film zuzulassen, ist eine Vorführung in

einigen Theatern und Lichtspielhäusern immer noch möglich. Dem Korrespondenten zufolge erklärte der Vorsitzende der Filmzensur, das Parlamentarische Komitee, ohne auszugeben, daß er irgendeine Anregung dieser Art von der britischen Regierung ergötten habe: Gäbe es irgendeinen Zweifel wegen der Zweckmäßigkeit der Billigung eines Films vom Standpunkt des internationalen Interesses aus, so würde ich nicht zögern, die ausländische Regierungsbehörde zu Rate zu ziehen. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ betont, die Deutschen erhöhen nicht gegen einzelne Teile des Films Einspruch; sie seien vielmehr der Ansicht, daß der Fall der Kurse Cabell für einen Film nicht geeignet sei, da er Reaktionen des Hasses wiedererwecken und die deutsch-englischen Beziehungen beeinträchtigen könnte.

Rechtsangleichung zwischen den deutschen Ländern

Von Justizoberinspektor Otto Meyer, Essen.

Die Länderkonferenz hat in ihren Richtlinien zur Verwaltungsreform u. a. auch beschlossen, daß die einzelnen Länder häufiger und beschleunigter als bisher Vereinbarungen zur Rechtsangleichung treffen sollen. Die dringend notwendigste Aufgabe ist, jetzt anschaulich das Leben im Selbstverlag des Bundes Deutscher Justizamtänner (Berlin C 25, Draisentstraße 16) erschienene Werk von Oberamtsanwalt Sartmann (Berlin), „Die gesetzlichen Grundlagen der Rechtsplegerfähigkeit“. Ein Einblick in diese Sammlung von Landesgesetzen- und Ausführungsbestimmungen, die von den Ländern auf Grund des Reichsgesetzes zur Entlastung der Gerichte vom 11. März 1921 erlassen sind, zeigt an einem einzelnen Falle die Unterschiede und die Verschiedenheit unserer Rechtsverhältnisse. Der Reichsgesetzgeber hatte einseitig bestimmt, daß richterliche Geschäfte den Urkundsbekanntem zur selbständigen, eigenverantwortlichen Erledigung übertragen werden könnten. Daraufhin haben nun die Länder die ihnen erteilte Ermächtigung dazu benutzt, um eine staatsrechtliche Vielfaltigkeit der Übertragungsmethoden fertig zu bringen. Zunächst sind an den als Rechtspleger tätigen Urkundsbekanntem ganz verschiedene persönliche Anforderungen gestellt worden, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß auch die Dienstverhältnisse der Urkundsbekanntem heute in jedem Lande anders geregelt sind. Sodann ist die Art und Weise der Übertragung unterschiedlich: sie erfolgt entweder durch die Landesjustizverwaltung oder durch sonstige höhere Verwaltungsstellen oder durch den zu entlastenden Richter oder in Form von Katalogen, die wiederum entweder den Ausführungsbestimmungen der Landesjustizverwaltungen eingefügt oder aber auf Grund besonderer Ermächtigung von den Oberlandesgerichtspräsidenten, Landesgerichtspräsidenten, Justizrichtern und so weiter aufgestellt werden, oder endlich durch Übertragung einzelner Geschäfte innerhalb eines von der Verwaltung gezogenen Rahmens durch den Sachbearbeiter. Auch das Recht des Richters, ein übertragenes Geschäft sich zur eigenen Bearbeitung vorzubehalten, besteht nicht in gleichem Umfange, sondern ist an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft.

Die Folge dieser mannigfaltigen Regelung ist, daß einige der übertragbaren Entscheidungen heute in den einzelnen deutschen Ländern von ganz verschiedenen Personen (Richtern, vollqualifizierten Urkundsbekanntem oder solchen, die die Vollprüfung noch nicht abgelegt haben), getroffen werden. Dieser im Interesse der Sicherheit der Rechtspleger bedenkliche Zustand wird noch dadurch verschärft, daß die Bestimmungen, unter denen die richterlichen Geschäfte übertragen werden, ganz verschiedene sind. Nach einer im Anhange des Buches von Sartmann befindlichen Tabelle zeigen die beauftragten Beamten ihre Entscheidungen und Verfügungen in den meisten Ländern als Rechtspleger, in anderen aber mit ihrer Amtsbezeichnung (Justizinspektor usw.), in anderen wieder als Amtsgerichtsrat, E. (kraft Ermächtigung) oder als Urkundsbekannter K. A. (kraft Auftrag) usw. Dadurch gelangt die Vielfaltigkeit des heutigen Rechtszustandes auch nach außen hin deutlich in die Erscheinung und gibt Anlaß zur Verwirrung bei den Rechtstuchenden. Es ist sogar für die Justizbeamten außerordentlich schwierig, festzustellen, ob eine in einem anderen Lande von einem Rechtspleger ausgestellte Urkunde den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Insofern schafft das Werk von Sartmann eine wertvolle Unterlage für den Praktiker.

Die Schwierigkeiten, die im Rechtsverkehr zwischen den Ländern infolge der Vielfaltigkeit des gegenwärtigen Zustandes bestehen, betont auch der frühere Reichsjustizminister Schiffer in seinem Vortrage zu dem Buche. Er weist ferner darauf hin, daß die Kleine Justizreform, auf der die Stellung und Tätigkeit des Rechtsplegers beruhe, sich immer noch in einem Anfangsstadium befinde. Die guten Erfolge, die man mit der Einrichtung bereits gemacht habe, nötigten geradezu zu einem weiteren Ausbaue. Nun ist aber ein Hauptfordernis für eine solche Fortentwicklung, daß der bestehende Rechtszustand zunächst vereinheitlicht wird, damit auf der so geschaffenen, ausgleichenden Grundlage aufgebaut werden kann.

Der einfachste Weg zu diesem Ziele führt aber die Vereinheitlichung des Rechts. Zweifellos ist diese eine politische Frage. Die vorstehenden Ausführungen zeigen aber, daß die politischen Gesichtspunkte nicht die einzigen sind, sondern daß daneben die wichtige Forderung der deutschen Rechtspleger besteht. Und ferner: so erstrebenswert ist die Rechtsangleichung mit Österreich ist, bringt sie uns zunächst die Rechtsangleichung zwischen den einzelnen deutschen Ländern.

Märchen.

„Wenn die Tage beginnen zu lungen, kommt der Sommer gegangen.“ Mit dem Sommer hat es freilich noch gute Weile, aber die Tage haben jetzt schon morgens und abends merklich zugenommen, und die Dämmerung macht sich im Gegenfatz zum Winter früher und länger geltend.

Die Dämmerstunde war und ist noch heute vielfach auf dem Lande eine traurige Stundenstunde. Ehe Licht angezündet wird, sitzt man im Familienkreise um den warmen Ofen herum, und die Kinder bestärken ungeduldig die Erwachsenen mit vielen Fragen. Ihr frischer, lebhafter Geist ist hungrig nach allerlei Wissen, und dieser Hunger will gestillt sein. „Großmutter, erzähl' uns ein Märchen.“ Wenn Großmutter oder Großvater oder die Mutter diesem Verlangen nachkommt, hängen die Kleinen an dem Munde der Erzähler und sitzen mäusehinstill. Das Märchen erzählt hat auch als ein wundervolles Mittel erwiesen, Kinderseelen zu bannen. Märchen aber wollen erzählt, nicht etwa vorgelesen sein. In Märchen ist die Grundlage meistens das Wunder, das scheinbar Unmöglichkeit und Un glaublichste, das in enge Beziehungen zur Wirklichkeit gesetzt wird, wie der Zauber, den das Wunder bewirkt. Dieser Zauber geht fast immer von Göttern, Geisern, Giesen, Feen, Nixen, Zwergen, Kobolden, Dergen oder Zaubereien aus.

Das Ursprungsland des Märchens ist nicht bloß, wie man vielfach meint, das Morgenland, sondern auch das Abendland. Freilich ist als die Quelle vieler Märchenstoffe Indien anzusehen — von wo aus sie zunächst nach Arabien und von hieraus in den Kreuzzügen nach Europa wanderten. Im Orient gibt es sehr alte Märchensammlungen, und mehrere Stoffe daraus gingen auch über in das älteste Märchen- und Legendenbuch des Christlichen

Europas, die im mittelalterlichen Latein geschriebenen „Gesta Romanorum“. Deutschland haben im Jahre 1812 die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm mit ihren „Kinder- und Hausmärchen“ ein für alle Zeiten musterhaftes Märchenbuch geschenkt, indem sie mit ebenso großem Geschick wie richtigem Geschick viele im Volksmunde noch verbreiteten Märchenstoffe sammelten und wiedergaben, wie die Herzen der Kinder sie in ihrer Reinheit und Unschuldheit aufzunehmen vermögen.

In solchen Dämmerstunden, wo den Kindern Märchen erzählt werden, lernen sie manchmal von vergangenen Zeiten, Sitten, Bräuchen und Zuständen mehr als durch viele Bücher, und manches Kind möchte an Tagen, an denen Großvater und Großmutter zum Erzählen recht aufgelegt sind, die Dämmerstunde hinausgeschoben wissen. Mit Recht hat der Künstler, der das Denkmal für den dänischen Dichter und Märchenzähler Andersen schuf, ihn auf einem schönen Kinderstuhle und mit erzählender Gestalt so dargestellt, daß man beim Betrachten meint, die Geschichten des Märchenzählers hörten niemals auf.
F. Redt.

Die Welthandelschiffahrt.

Der Weltkrieg hatte fast fünf Jahre hindurch die gesamte Handelschiffahrt der Welt lahmgelegt. Ungeheure Werte sind verloren gegangen. Zahllose Handelschiffe wurden zu Kriegswaffen benutzt, noch mehr fielen den deutschen U-Booten, Kreuzern und Hilfskreuzern zum Opfer. Der sogenannte Friedensschluß brachte der Handelschiffahrt zunächst keine neue Blüte, wie man vielleicht angenommen hatte. Der die Erde umspannende Handelsverkehr war und blieb in den folgenden schweren Zeit getrieben. Auch England und vor allem Amerika litten an der allgemeinen Lähmung des internationalen Verkehrsverkehrs. Die Tonnageziffer der Welthandelsflotte ging von Jahr zu Jahr zurück, unzählige Schiffe lagen in internationalen Häfen, vorzugsweise der neuen Welt, brach, und die auf Grund des Versailler Vergewaltigungsvertrages von Deutschland geraubten Schiffe konnten den von unseren Feinden erwünschten eigennützigen Zweck nicht einmal erfüllen; ihre Instandsetzung und Verwertung kostete mehr als die enttäuschten neuen Herzen zahlen wollten und konnten. So kam es, daß so manches stolze einst unter deutscher Flagge gefahrene Schiff dem traurigen Verfall in irgendeinem verlassenem Hafen der Alten oder Neuen Welt entgegenging. Nach und nach haben dann endlich die

Neubauten von Handelsschiffen

im Jahr 1926



Götter erkannt, daß der Frieden in Umwandlung eines bekannten Wortes letzten Endes doch nicht „die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ bedeute, sondern eine neue Wirtschaftsblüte nur durch Einigung und Wiederanknüpfung der alten Beziehungen unter den Völkern erreichen könne. Unter diesen Umständen begann man nun auch den Welthandel allmählich wieder auf- und auszubauen, die alten Häfen neu zu knüpfen und entsprechend der immerhin recht erheblichen Veränderung auf der Wirtschaftslage der Erde neue Verbindungen zu öffnen. Die Handelschiffahrt wuchs aufs neue. Auf allen Weltteilen der Welt wurde wieder eifrig gebaut. Die Schiffe der Vorkriegszeit waren längst in technischer Hinsicht überholt, neue Bauten wurden schnell auf Kiel gelegt. Im Jahre 1926 wurden nach einer uns vorliegenden Statistik in England nicht weniger als 239 Schiffneubauten vom Stapel gelassen, Amerika folgte mit 78 und als dritte Handelsmacht im Wettbewerb um den Standard der Welthandelschiffahrt trat Deutschland mit 60 Neubauten hervor. Die Statistik noch nicht voll erfahrenen Ziffern für das Vorjahr lassen doch heute schon mit ziemlicher Sicherheit die Annahme zu, daß es im Welthandelschiffbau rüstig weitergeht, und es ist zu wünschen, daß Deutschland allem Neid unserer ehemaligen Feinde zum Trotz auch hier sich durchringen wird. Die deutsche Flagge weht wieder über dem Weltmeer, und wenn uns auch unsere Kolonien geraubt sind, so können wir doch mit Befriedigung feststellen, daß, wo sich deutsche Schiffe zeigen, deutscher Geist und deutsche Schaffenskraft in fernen Ländern würdig repräsentiert wird.

Marktberichte.

Wöchentlich festgesetzte Preise an der Produktendörse zu Berlin am 6. Februar. Getreide und Cellulose pro 1000 kg, 100 pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 224-227 pomm. — Roggen, märkischer 228-232, märkischer, neu pomm. — Gerste, Sommergerste 220-220, neue Wintergerste — Ocker, märkischer 202-213, silesischer — Weizen loco Berlin 219-221, Waggon frei Hamburg — Weizen mehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinstes Mehl über Notia) 28,50-32,75. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 29,40-32,85. Weizenmehl, frei Berlin 16,25-15,30. Roggenmehl, fr. Berlin 15,25. Weizen 345-350. Weizen — Viktorie-Größen 48,00-55,00. II. Speise-Weizen 32,00-35,00. Winterweizen 21,00-22,00. Weizen 20,00-21,00. Winterweizen 20,00-21,00. Weizen 21,00-22,00. Weizen, blau 14,00-14,75, gelbe 15,50-16,00. Cereale, neu 20,50-22,50. Weizenmehl Basis 37, 19,75-19,90. Weizenmehl Basis 37, 22,00 bis 22,20. Trockenrüben 12,90-13,00. Cereale-Extrakt Basis 45, 21,00-21,50. Kartoffelzellen 22,90-24,00.

Die Steglitzer Schülertragödie vor Gericht.

Die Verurteilung. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II Berlin begann am Donnerstag vormittag der Prozeß gegen den Oberprimaner Paul Kranz wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem Hochschüler Hans Stephan. Der Anhang von Publikum und Presse war so groß, wie man ihn selbst bei größten Prozessen in Moabit nicht erlebt hat. Allein nahezu hundert Vertreter der Presse waren erschienen. Das Publikum wartete schon seit den frühen Morgenstunden in langer Schlange vor den Türen des Gerichtsgebäudes. Unter den Zuschauern befanden sich auch der Generalstaatsanwalt und der Landgerichtspräsident. Neben den geladenen Sachverständigen hatten sich zahlreiche interessierte Richter, Anwälte und Mediziner eingefunden. Von den Zuschauern besteht ein großer Teil aus Frauen. Den Vorsitz über das Landgerichtsdirektor Dr. Dult. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Steinbeck, die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Fren.

Um 10 Uhr nimmt der Angeklagte Paul Kranz in der Anklagebank Platz, ein schlauer Mensch mit geschwelltem, dunkelblauem Haar und intelligenten Gesichtszügen. Er macht zunächst einen etwas verschämten Eindruck und zeigt deutliche Spuren der langen Untersuchungshaft. Die Mutter des Angeklagten, Frau Kranz, bricht beim Anblick ihres Sohnes in Tränen aus.

Der Angeklagte macht dann Angaben über seine Persönlichkeit. Er ist am 25. Februar 1900 als Sohn eines Musikers in Berlin geboren worden, hat vier Jahre die Volksschule besucht und hat dann wegen seiner Begabung einen Freiplatz in der Oberrealschule Mariendorf bekommen.

Frage: Im Anschluß an Ihre Tat sind Sie dann in Untersuchungshaft genommen worden. — **Antwort:** Ich habe keine Tat begangen. — **Rechtsanwalt Fren:** Ich will nicht, daß er nehmend bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Hilbe Scheller erstattet habe, weil sie von einem beabsichtigten Mord Kenntnis gehabt und die Anzeige unterlassen habe.

Der Angeklagte Kranz wird zunächst über sein Verhältnis zu Eltern und Lehrern befragt. Er betont, er habe viele Freiheiten gehabt, sie aber nicht ausgenutzt, so daß seine Eltern keinen Anlaß zum Einschreiten gehabt hätten. Bezüglich der Lehrer erklärt er, er habe das Erziehungssystem an den höheren Schulen für zu schematisch und veraltet gehalten. Ich beschäftigte mich mit literarischen Dingen, schrieb selbst Gedichte und bildete mir ein, schon ein Dichter und Schriftsteller zu sein. Im Herbst 1926 verließ ich dann plötzlich das Elternhaus. Mit einem Freunde fuhr ich dann nach Vassar. Wir hatten die Absicht, nach Konstantinopel zu wandern und wollten dann zu Schiff nach Amerika fahren, um später Holz in die Heimat zurückzuführen. Von der Jugendherbergsmutter und dem Jungdeutschen Orden in München, dem er als Mitglied angehört, habe er dann das Geld bekommen, um die Rückreise anzutreten. Zu Hause sei er wieder freundlich aufgenommen worden. Im Frühjahr 1927 habe die Baumerei wieder begonnen. Der Ange-

klagte schloß dann weiter, wie Günther Scheller ihm oft geraten habe, doch nach Madiow in das Scheller'sche Landhaus zu kommen. Dort könne er ein viel freieres und ungebundeneres Leben führen. Auf Befragen gibt Kranz weiter an, er habe damals auch ein junges Mädchen in Mariendorf kennen gelernt. Der Verkehr mit ihr habe sich aber auf Küsse beschränkt. Da habe er den Entschluß gefaßt gehabt, ins Elternhaus zurückzukehren, um wieder ernstlicher zu arbeiten. Dann habe ihm aber immer Hilbe Scheller davon abgeraten, die er inzwischen näher kennengelernt habe.

Nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung brachte Landgerichtsdirektor Dult die Abschiedsreden des Angeklagten und Günther Schellers, soweit sie noch vorhanden sind, zur Verlesung. Das Schreiben von Günther Scheller „an das Bestial“ ist sehr verworren. Anscheinend dazugehörig ist ein Brief, der von demselben Bogen stammt und von Kranz geschrieben ist. Es steht darauf: „In dieser Minute werden Hans Stephan und Männe (Rosenname für Hilbe Scheller) sterben durch unsere Hand. Wir beide, Günther und ich, werden lächelnd aus dem Leben scheiden!“

In einem anderen Schreiben von Kranz an einen Freund heißt es: „Ich erschieße erst Hilbe, dann Günther. Vorher wird Günther Hans Stephan erschließen. Das ist die volle Wahrheit. Günther ist vollständig einverstanden und grüßt Dich zum letzten Male.“ Der Angeklagte erzählt dann

folgendes: Nachdem wir diese Briefe geschrieben hatten, verließ Günther, ein Schloßzimmer einzudringen. Es war aber verriegelt. Wir traten weiter in der Küche und besprachen unser Vorhaben. Dann kam ich aber, als ich etwas klarer geworden war, zu der Einsicht, daß alles doch eine Albernheit sei, und daß es keinen Zweck habe. Aber Günther war nicht davon abzubringen. Dazwischen war auch Hilbe zweimal in die Küche gekommen und hatte mit uns gesprochen. Ich glaube nicht, daß Günther allein die Tat ausführen würde. Morgens kam Günther wieder und klingelte. Hilbe war bei uns auf dem Flur und öffnete. Wir begrüßten Günther, und ich sah, daß Günther ins Schlafzimmer ging. Die Tür stand offen. Während ich mich mit den Mädchen unterhielt, kam Günther heraus und sprach auch mit uns. Dann ging er wieder ins Zimmer und ich folgte ihm. Die Situation war so, daß ich annahm, Stephan sei schon weg. Ein Fenster war geöffnet. Günther sah sich im Zimmer um und ich sagte zu ihm: Es ist doch keiner mehr da. Ich war schon im Hinausgehen und hatte die Hand auf der Klinke, als ich die Schritte hören hörte. Als ich mich umdrehte, sah ich Günther auf sich selbst. Nachdem ich gesehen hatte, was Günther angestrebt hatte, kniete ich nieder und nahm ihm den Revolver weg, denn ich wollte mich jetzt auch erschließen, aber die Mädel nahmen ihn mir weg. Der gefürchtete Arzt sagte mir, daß ich Unannehmlichkeiten haben könnte. Ich selbst sagte mir auch, daß ich eine gewisse mora-

lische Verantwortlichkeit habe. Ich befürchtete, daß mein erottischen Beziehungen herauskommen würden, und dann bekam noch der frühere Plan, Hilbe zu erschließen. In dieser Angst hatte ich zu den Mädchen gesagt, sie sollten erlösen, der Revolver gehörte Günther.

Im Verlauf der Vernehmung mußte der Angeklagte Kranz die Unrichtigkeit verschiedener früherer Aussagen zu geben. Er bekannte, daß er, als der Mord geschah, mit Günther Scheller zusammen im Nordzimmer gewesen ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, welches Motiv ihn zu der unglücklichen Verabredung mit Günther Scheller getrieben habe, antwortete der Angeklagte: „Eifersucht war es nicht. Ich war nur erbozt, weil Hilbe die Nacht mit Stephan verbrachte nachdem sie die Nacht vorher bei mir gewesen war. Auch ein große Traurigkeit war über mich gekommen.“

Damit war die Vernehmung vorläufig beendet. Unter allgemeiner Spannung wurde dann die Hauptzeugin, die 16 Jahre alte Hildegard Scheller, ausgerufen. Der Verteidiger des Kranz erhob gegen ihre Verteidigung Einspruch wegen Verdachts der Mittäterschaft und weil sie nicht fähig sei, die Bedeutung des Gerichts und des Eides zu erkennen. Es entspann sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Staatsanwalt, einerseits und dem Verteidiger andererseits über diese Frage, in deren Verlauf es auch zu einem Zwischenfall zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden kam. In 3 Gerichtssitzungen wurde der Antrag des Verteidigers abgelehnt und Hildegard Scheller leistete dann, nachdem sie der Vorsitzende nochmals auf die Bedeutung des Eides aufmerksam gemacht hatte, unter Anrufen Gottes den ihr vorgeschriebenen Eid.

Die Jungin Hildegard Scheller gab bei ihrer Vernehmung an, daß sie den Angeklagten Kranz durch ihren Bruder kennengelernt und ihn schließlich gern gewonnen habe, bestritt jedoch, mit ihm in intimere Beziehungen getreten zu sein. Ueber die Vorgänge am Tage des Mordes gab die Zeugin eine Schilderung, aus der hervorgeht, daß der ermordete Hans Stephan auf ihre Veranlassung hin in das Elternhaus gehörende Haus in Steglitz gekommen ist.

Nach einigen weiteren Fragen des Vorsitzenden wurde die Verhandlung auf Freitag früh vertagt.

Vermischtes.

Schweres Lawinenunglück in Järs (Vorarlberg). Gestern nachmittag gegen 1 Uhr ging am Nordhang des Trittkopfes bei Järs eine große Lawine nieder, wodurch vier Eisfahrer, und zwar Werner Meier und seine Frau aus Hamburg, Fräulein Leni Rorich aus Hamburg und Walter Rührig aus Halberstadt, verunglückt wurden. Die genannten Personen waren ohne Führer und wurden während einer Rast von der Lawine mitgerissen. Werner Meier arbeitete sich selbst aus der Lawine heraus, während die anderen drei Personen von der auf Järs angelangten Rettungserpedition gegen 4 Uhr nach

Zwei Testamente.

Roman von R. Stojak.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Der Wind trieb sie leicht und stetig über die sanft geträufelte Fläche hin. Sie hielten sorgsam Ausschau und sahen sich vor, daß sie Schafsbald nicht zu Gesicht bekommen. Aber es zeigte sich nichts, und als die Sonne im Mittag stand, hatten sie die Durchfahrt erreicht. Steil erhoben sich rechter Hand die Felsen, während links das Ufer sich allmählich ansteigend aus dem blauen Wasser erhob. Da die Insel den vor jedem Ueberfall sichersten Pfad bot, hielten sie sich dicht an dem schroffen Abstieg und blühten nach einer Stelle aus, wo sie anliegen und landen konnten. Bald zeigte sich auch eine kleine Bucht, in die sie einliefen, und wenige Minuten später schurte der Boden des Bootes auf dem salzbedeckten Ufer.

Sie hätten keinen besseren Platz für ihren Zweck finden können. Denn hinter dem schneig glänzenden Streifen erhob sich dichter, schattenspendender Baumwuchs, der zur Rast einlad, während dahinter eine Schlucht zum Rücken der Insel emporführte.

Vor allem brachte man die Tiere ans Land, die von der langen Fahrt sehr ermüdet waren und sich im Baum-schatten niederlegten, indem sie nur ab und zu den Kopf nach einem grünen Busch ausstreckten. Auch die Menschen bedurften der Ruhe und machten sich an die am Morgen so jäh unterbrochene Mahlzeit, indem sie zugleich in eifriger Beratung über die Art ihrer Weiterreise traten.

Eine Zeitlang planten sie, das Boot an dieser Stelle endgültig zu verlassen, es ins Wasser hinauszustoßen und den Weiterweg mit ihren Tieren anzutreten. Bald aber machten sie sich klar, daß das Ausgeben des Bootes sie ganz vom Zufall abhängig machen würde, da sie nicht wissen konnten, ob sie eine andere Gelegenheit zum Uebersehen nach dem Südufer des Sees finden würden. Da andererseits die Tiere nicht sofort wieder in das gesättigte Salz-wasser hineinkommen durften, kam man überein, daß Suleitas Milchbruder Djafer das Boot mit dem Hauptgepäck bis zur westlichen Biegung der Insel bringen solle, wohin die drei anderen auf dem Landwege kommen würden. Dort werde sie zeigen, ob man noch in der Nacht oder am nächsten Morgen die Ueberfahrt antreten solle.

Das Boot war nach Süden unterwegs, die Ratter hatten mit den Maultieren den Gipfel des Höhenkamms erreicht, der sich nach Westen hin sanft zum Seeufer abdachte, an dem hier und da Bäume sichtbar waren, die auf menschliche Wohnsitz hindeuteten, die man indessen lieber vermeiden wollte. Man hielt sich daher möglichst links hand. Der Weg, wenn man überhaupt von einem solchen reden konnte, erwies sich indessen beschwerlicher, als sie erwartet hatten. Bald mußten sie in eine enge Schlucht hinabklettern, bald an der anderen Seite wieder hinaufklimmen. Ueberdies war das Gestein oft so glatt, daß sie von den Pferden steigen und sie am Jügel führen mußten.

So wurde es denn Nacht, ehe sie den See vor sich blinzen sahen und den Abstieg beginnen konnten. Glücklicherweise stand die Mondschale am Himmel, da sie sonst kaum ungeschädigt hinabgelangt wären.

Endlich waren sie unten und spähten rechts und links nach dem Boote aus. Das Gestein war aber so buchtig und zerissen, daß sie zunächst keine Spur des Fahrzeuges zu entdecken vermochten. Sie und die Tiere waren zu matt, jetzt das Ufer rechts und links abzufuchen, und sie wollten schon in einem Felspsalt ein Lager aufschlagen, als plötzlich nicht weit links von ihnen ein gleich wieder erlöschendes Licht aufstrahlte. Offenbar war es ein Zeichen, das Djafer ihnen gab. Mit frischem Mut machten sie sich auf den Weg und langten eine Viertelstunde später an der Stelle an, wo der junge Mann das Boot in einer schmalen

Bucht geborgen und in einer engen, baumbewachsenen Schlucht bereits das Abendessen vorbereitet hatte. Man teilte die Tiere dort an und warf sich ermattet auf die Teppiche, froh, daß man bis zum nächsten Morgen sich von den Anstrengungen des ereignisreichen Tages erholen konnte.

20. Kapitel.

Im Lager der Wosleggpedition herrschte große Aufregung. Die unter Achims und des persischen Obersten Leitung ausgesandte Aufklärungspatrouille war am frühen Morgen zurückgekommen. Sie hatte nordöstlich von Kiris einen Zug von etwa siebzehn berittenen Nomaden aus sicherer Dichtung beobachtet, bei denen sich ein Europäer befand, der sich mit der Beschreibung bediente, die Achim von Jennings erhalten hatte. Die Nomaden erklärte der persische Oberst, soweit er es aus der Entfernung beobachten konnte, für Baharlus. Sie hatten sich dem Bezirk Kurbal zugewendet und waren wahrscheinlich auf dem Wege nach Berjepolis. Die Patrouille war so schnell als möglich zurückgekehrt, und die ganze Expedition befand sich in eifriger Beratung, was jetzt zu tun sei.

Als Kurt von Born den Namen Jennings gehört hatte, war es gewesen, als wenn man einem Stier ein rotes Tuch vorhält. Das Blut stieg ihm ins Gesicht, und er drängte stürmisch auf die entscheidendsten Schritte.

„Dieser Jennings“, rief er, „ist der böse Geist, der all dies Unheil angeflutet hat. Ich habe es von Anfang an gesagt. Jetzt, wo er sich selbst in unsere Hände gibt, heißt es energisch zugreifen. Jeder Augenblick ist kostbar. Ich bitte mich, sofort aufzubrechen und der Bande in die Hände zu fallen. Zwei Mann oder in Betracht unserer überlegenen Waffen auch weniger werden genügen. Zudem verfügen wir über frische Pferde und werden sie in kurzer Zeit einholen.“

Oberst von Leppel schüttelte bedenklich den Kopf. „Weniger Herr Hauptmann“, entgegnete er, „so einfach ist die Sache denn doch nicht. Diese Nomaden sind durchweg tapfere Leute. Sie kennen hier jeden Fußbreit Landes und finden Deckung, wo wir uns vergebens danach umsehen. Wir müssen, wenn es zum Kampf kommt, mindestens ebenso stark sein wie sie. Außerdem aber ist, wenn es irgend angeht, Blutvergießen zu vermeiden, damit wir nicht die hier, wie in allen südlichen Ländern, so gefährliche Blutrache auf uns laden.“

„Ich sehe schon, wie es steht“, rief mit verächtlichem Tone der Hauptmann. „Sie sind ein Mann der Vorsicht. Gut, so werde ich denn mit den Herren, die sich mir persönlich angeschlossen haben, den Ritt unternehmen. Wenn wir dann unterliegen, trifft Sie die Schuld!“

„Und ich“, entgegnete der Oberst, „verbiete Ihnen jeden Schritt dieser Art. Sie haben sich freiwillig meiner militärischen Leitung unterworfen, Sie sind mir also Gehorsam schuldig. Damit Sie aber nicht sagen können, daß ich eine wichtige Gelegenheit unbenutzt gelassen hätte, werde ich Sie nebst den von Ihnen angeworbenen Herren, die eben zurückgekehrte Patrouille und noch zehn weitere Herren sofort mit der Order ausenden, den Zug der Nomaden aufzuspüren und, wenn Jennings wirklich bei ihnen ist, zu versuchen, sich seiner zu bemächtigen, unter möglicher Vermeidung von Blutvergießen. Zum Befehlshaber der Truppe ernenne ich Herrn Resjoreleutnant Achim von Leppel.“

„Was“, schrie der Hauptmann wütend, „Sie wollen mich dem jungen Burtschen unterstellen?“

„Ruhe“, donnerte der Oberst ihn an, „der junge Burtsch hat mehr Pulver gerochen als Sie, Herr Hauptmann a. D., und hat infolge seiner Forschungsreisen zehnmal mehr Erfahrungen. Wenn Sie noch ein Wort zu widerreden, muß ich Sie ersuchen, unser Lager sofort zu verlassen!“

Der Hauptmann fügte sich knirschend. Aber er sah

wohl, daß selbst die von ihm Angeworbenen ihm unrecht gaben.

Eine Viertelstunde später brach die kleine Schar nach Nordwesten auf.

Am Fuß den Zurückgebliebenen herrschte eine unruhige Stimmung. Der Oberst hatte nach Westen und Osten hin Posten ausgestellt und ging ungeduldig hin und her. Alle hatten das Gefühl, daß man dicht vor einem großen Ereignis stand. Auch Alice und Erna konnten sich nicht entschließen, auf ihren Feldstühlen sitzen zu bleiben, und wanderten am Seeufer auf und ab. Ellen, die ihre Unruhe teilte, hatte sich ihnen angeschlossen. Alle drei hatten anfangs der an der langen Seelage dahingaloppierenden Schar nachgeschaut, bis sie in der Ferne einschwand. Dann wendeten sie ihre Blide so das jenseits nach Nord-Nordost verstreichende westliche Seeufer, aber alles blieb still. Nun ab und zu fielen einige einsilbige Worte zwischen den dreien, aber sie machten die erwartungsvollen Stille nur um so peinlicher. Zufällig wendete Ellen ihren Blick nach Nordosten, der großen Insel zu. Da rief sie plötzlich, indem sie mit dem rechten Arm hinüberzeigte:

„Ja, was ist das? Seht, seht!“

Schnell wendeten sich die beiden anderen. Da drüben auf dem See, wohl einen Kilometer entfernt, schwamm ein Fahrzeug, dessen Segel vom Winde gebläht wurde! Wie es schien, kam es gerade auf sie zu.

„Über“, rief plötzlich Alice, „was ist das hinter dem Boot? Ich kann es nicht erkennen.“

„Ich auch nicht“, erwiderte Ernas Stimme, und mit dem Ruf „Papa, Papa“ stürzte sie fort.

Als sie nach etwa einer Viertelstunde mit dem Oberst zurückkehrte, war das Fahrzeug schon etwas näher gekommen, wenn auch Einzelheiten mit bloßen Augen immer noch nicht zu erkennen waren. Herr von Leppel griff daher zu seinem Triederbinocle. Kaum hatte er es aber an die Augen gefaßt, als er erstaunt ausrief:

„Das ist freilich kein Wunder, wenn wir aus dem Ding nicht klug werden konnten! An sich ist es ein ganz gewöhnliches persisches Boot mit Segel. Dahinter aber schwimmen — offenbar angefüllt — sechs Pferde, oder laßt einmal genauer sehen — vier Pferde und zwei Maultiere! Die Reisegesellschaft ist noch nicht genau zu erkennen. Ich sehe einen Mann vorn im Bug, die andern sind größtenteils hinter dem Segel verborgen. Seht selbst!“

Und er ließ das Instrument hergehen. Während es nun aber die einzelnen für ihre Augen einstellten, hatte man offenbar auch auf dem Boot die Leute am Strande bemerkt. Denn es wurde plötzlich beidgedreht und gleich darauf sank auch das Segel herab. Da rief Alice, die eben durchs Fernrohr blickte:

„Jetzt kann ich alles genau erkennen! Da sind noch zwei Personen, eine junge und eine alte, und ein zweiter Mann. Aber das ist kein Perser! O Gott, Onkel Leppel, sieh selbst, ist das nicht Papa, unser teurer Papa?“

Der Oberst griff hastig nach dem Instrument, stellte es ein und jubelte:

„Wahrhaftig, Alice, du hast recht! So sah er auf seiner letzten Photographie aus! Wir haben ihn! Aber er kennt uns nicht. Wir müssen uns ihm auf irgendeine Weise erkennbar machen!“

Er zog schnell seinen Revolver hervor und feuerte hintereinander die sechs Schüsse über die Wasserfläche hin ab. Eine kleine Pause verging. Dann bligten von dem Boote her fünf Schüsse einer Repetierpistole auf, schnell gefolgt von dem leisen, aber scharfen Knall. Und wäre noch irgendein Zweifel gewesen, daß man sie als Freunde erkannt hätte, so hätte er schwinden müssen, als sie sahen,

mittags nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Werner Weber und die drei Toten wurden gegen Abend nach Birs gebracht.

Selbstmord des Wiener Bankiers Wortmann. Der Wiener Bankier Wortmann, Ober des Bankhauses Nagel u. Wortmann, zweiter Vizepräsident der Wiener Börsenkammer, hat sich Donnerstag nachmittags in seinem Büro in der Öberengasse erhängt. Das Bankhaus Nagel u. Wortmann gehört zu den ältesten von Wien. Wortmann selbst war in Bankkreisen eine äußerst angeesehene Persönlichkeit. Als Motiv der Tat vermutet man finanzielle Schwierigkeiten. Wortmann war in den Aktien der Friedrich Krupp A. G. in Berndorf sehr hoch engagiert. Diese Aktien haben in den letzten Jahren 50 Proz. ihres Wertes eingebüßt, und es ist bekannt, daß Wortmann schon vor einigen Monaten seine umfangreichen Engagements in diesen Aktien zu lösen versucht hat. Die Schwierigkeiten datierten bereits auf längere Zeit zurück. Wortmann, der ein Kataster der Kruppwerke war, hat sich noch in der Inflationszeit in diesen Aktien engagiert. Dem Werte in diesen Aktien wurde zeitweise über 500000 Tsd. geschätzt. Er hat dann diesen Wert fortwährend lombardiert und als es infolge der Kursrückgänge schwierig geworden war, die Kuponpapiere in Wien zu lombardieren, hat er versucht, sie auch im Auslande zu verpfänden, darunter in Brno. Dort wurde ihm aber in der letzten Zeit infolge der neuerlichen Kursrückgänge der Lombardkredit gekündigt und die Aktien auf den Markt gebracht. Wortmann, der in den letzten Tagen sehr verdrückt war, hat noch die äußersten Versuche unternommen, um sich zu retten.

Blutiger Streit in Stuttgart. In der vergangenen Nacht wurde vor einer Wirtschaft nach einem vorangegangenen Streit, der durch eine Bierweibe entstand, ein 24-jähriger Mann von einem ledigen 31-jährigen Mann durch einen Messerstich so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Auch in Reiterbach kam es in der vergangenen Nacht zu einem Streit, wobei ein junger Mann durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt wurde.

Ein Munitionslager in die Luft geflogen. An der Eisenbahnlinie Treviso—Belluno ist ein vom Kriege herrührendes Munitionslager in die Luft geflogen. Von den Arbeitern, die mit der Entladung der Geschosse beschäftigt waren, wurden drei getötet und mehrere andere schwer verletzt. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Brand in einer Apotheke in Böhlow. Im Laboratorium der Löwen-Apotheke entstand gestern nachmittags durch Ueberladen von Bohnermasse ein Brand, der Werte von mehreren tausend Mark an löslichen Stoffen, Chemikalien usw. vernichtete. Das Gebäude konnte gerettet werden, brannte jedoch innen vollständig aus.

Eine Fabrik durch Brandstiftung zerstört. In Lenta bei Mga ist eine große Baumwollspinnerei, die 500 Arbeiter beschäftigte, durch Feuer zerstört worden. Der Schaden beträgt über eine Million Lat. Die Polizei verhaftete einen 24-jährigen Arbeiter, der eingekerkert hat, die Fabrik in Brand gesetzt zu haben, um sich für seine Entlassung zu rächen.

Schwere Unwetterkatastrophen in Norwegen. Vorgehern ereignete sich in Meien von Bergen entern ein großer Erdbeben, der die Eisenbahnverbindungen zwischen Oslo und Bergen unterbrochen hat. Im Laufe der Nacht und des gestrigen Tages hat sich die Lage verschlimmert. Es folgte eine Reihe weiterer Erdbeben, die viele Brücken der Eisenbahnlinie teils zerstörten, teils beschädigten. Auf dem Hochplateau sind große Schneemassen niedergegangen. Die Bahnverbindung mit Bergen ist unterbrochen. Der Direktor der Staatsbahn erklärte, es handle sich um die schlimmste Katastrophe, von der die Bergenbahn bisher heimgegriffen worden sei. Das Unwetter hat sich nicht auf das Gebiet von Bergen beschränkt. Auch der südliche Teil von Norwegen wurde von einem schweren Sturm heimgesucht. Hier sind ebenfalls an verschiedenen Stellen Erdbeben eingetreten. In der Gemeinde Balestrand wurden gestern durch einen großen Erdbeben drei Wohnhäuser und eine Reihe kleinerer Gebäude zerstört. Der Besitzer eines Hauses, seine Frau und drei Kinder sind wahrscheinlich umgekommen. Von der Küste laufen Nachrichten über verschiedene Schiffsunfälle ein. Hauptverursacher einer Zerstörung beim Elektrizitätswerk südlich im ganzen Stadtgebiet Hannover das elektrische Licht. Der Schaden konnte erst nach einiger Zeit behoben werden. Häufige und Verunreinigungen usw. mußten sich mit Notbeleuchtung helfen. Auch die Theater litten unter der Zerstörung.

Schwindel mit Auto-Kommissionen. In Berlin wurden die Kautente Martin Seyno, Paul Striebel

und Franz Weber, die Inhaber einer Firma unter dem hochklingenden Namen „Auto-Kommissionenhaus Kehlpaß“ verhaftet. Sie hatten Automobile oder Motorräder, die ihnen zur Veräußerung übergeben waren, unter Preisverteil der erlösten Summe abgegeben und für den Rest Kellerverweil gegeben, für die keine Deckung vorhanden war. Bisher wurden betrügerische Nachforschungen der Verhafteten in etwa 40 Fällen festgestellt.

Zucht Haus für einen ansehnlichen Postboten. Der Landbriefträger Althaus aus Ertrath, der aus einfachen Briefen aus Amerika Dollarsnoten entwendet hatte, wurde dem Düsseldorf's Gericht zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Er hatte die Briefumschläge, die in diesem Falle als „Urkunden“ zu werten waren, vernichtet.

Flugzeugpilot vom Dampfer „Kolumbus“. Als der Dampfer „Kolumbus“ auf der Fahrt nach Mittelamerika die New Yorker Quarantäne passierte, startete der deutsche Flieger Walter Hagen auf seinem „Globe-trotter“ vom Deck des Dampfers, überflog Manhattan und landete sodann wieder sicher neben dem „Kolumbus“.

Ungewöhnliches Strandgut. In den letzten Wochen haben bekanntlich gewaltige Stürme über Island gewüht. Die Meereswogen an den Küsten türmten sich zu rollenden Bergen und übertrafen das Land. Manches ungeschickliche Fahrzeug brachte sie zum Scheitern und warfen hochaladend die zerplitterten Trümmer auf den Strand. Die Küste von Cornwallis aber sah in diesen Tagen ein Strandgut ganz seltener Art. Die aufgelegte Flut hatte, in der Nähe des Dorfes Watergate, einen riesigen Walhai zwischen die Klippen getrieben; hier hatte sich das Tier brütend verhalten, das es, als Ebbe eintrat, nicht mehr in sein nasses Element zurück konnte. Der acht Meter lange Gigant rang verzweifelt mit der Fäde der ihn benegenden Objekte, er beidete das Gefährte, das ganz Feldbraden, von seinen Schwanzschlägen zerlegt, donnernd ins Meer hockerten — umsonst; in völliger Ohnmacht zappelte er sich müde zwischen den Klippen. In dem genannten Dorf war man inzwischen auf den Meilen in der Halle und sein Toben aufmerksam geworden. Die gesamte Umwohnerschaft stürzte mit Seilen, Harpunen und Gewehren bewaffnet, als geizt es, wie in alter Zeit einen jähren Ueberfall der Seezäuber abzuwehren, zu den Klippen und machte unter Gebrüll und Hurrageschrei dem Geirungen endgültig den Garau.

Riesenherrn in der Nähe des Meeres. Wie ein russischer Jungherr aus Archangel meldet, hatte ein Permasischzug an der Küste des Weißen Meeres in der Unga-Bay ein riesiges Fangergebnis zu verzeichnen. Die Mannschaften der Fischdampfer waren gezwungen, um ein Zerreißen der Fingewebe zu verhindern, sämtliche Reservene zu auszuwerten, so daß insgesamt mit etwa 800 Fischen gearbeitet wurde. Außerdem mußten noch andere Fischfütter zu Hilfe gerufen werden. Unter Lebensgefahr erreichten die überladenen Fahrzeuge die Uferküste. Trotzdem selbst die Straßen der Fischerdörfer mit Permasisch überdeckt waren, konnte der Abtransport sichergestellt werden. Die beteiligten Fischervereinigungen berichten, daß die Fischer durchschnittlich 4000 Rubel an diesem Fang verdient haben.

NEUbestellungen
auf das
RIESAER TAGEBLATT
für
halben Februar 1928
nehmen entgegen alle
Zeitungsboten und zur
Vermittlung an diese die
Tageblatt-Geschäftsstelle
Riesa, Goethestr. 59.

wie das Segel wieder am Mast emporstieg und das Boot sich auf sie zu in Bewegung setzte.

Mit vor Glück strahlenden Augen umarmten sich Beppel, Erna und Alice. Selbst Ellen wurde von dem Taumel mit fortgerissen und meinte und lachte mit den beiden Mädchen um die Wette. Hoffte sie doch bei der rosigen Stimmung aller um so leichter Ewald für sich gewinnen zu können.

Inzwischen waren durch die Revolvergeschosse auch die übrigen Angehörigen des Lagers bis zu den Außenposten hin darauf aufmerksam geworden, daß etwas Außergewöhnliches vor sich gehe, und die Augenmerkensammlung am Ufer wurde größer und größer. Aber es mußte noch immer eine beträchtliche Zeit vergehen, ehe das Boot so weit herankam, daß alle sich gegenseitig zu erkennen vermochten.

Während sie so des kommenden Ereignisses gespannt harreten, tönte vom östlichen Posten her Lärm herüber. Pferdegetrappel wurde hörbar, und bald darauf erschien die nach Rian Djangal (Mitten im Walde) unter Ewalds Führung entsendete Erkundigungstruppe. So sehr der junge Mann auch durch die Nachricht vom plötzlichen Erscheinen seines Vaters erfreut und überrascht war, so hatte er doch zunächst dem Oberst Bericht über das Ergebnis seines Streifzuges ab. Auch er war einem Trupp Baharlus begegnet und hatte sie scharf beobachtet. Sie waren unter Führung ihres Hauptlings ziemlich abgemattet in Rian Djangal angekommen und hatten dort, weil sie Tag und Nacht geritten waren, notgedrungen übernachtet müssen. Von den Ortseinwohnern hatte man in Erfahrung gebracht, daß der Hauptling sich auf der Verfolgung seiner Tochter befinde, die mit einem fremden Sahib entflohen sei. Er schäume vor Wut und wolle die beiden unter den schrecklichen Qualen zu Tode martern. Er wolle südlich am Bahyegan-See entlang ziehen, während eine andere Truppe, die vorausgeritten sei, den nördlichen Weg eingeschlagen habe. Ewald teilte dem Oberst zum Schluß mit, daß die Baharlus voraussichtlich etwa fünf oder auch sechs Stunden nach ihnen eintreffen würden. Er und die Seinen, sowie ihre Pferde seien allerdings sehr abgemattet, da sie ohne Unterbrechung zurückgeritten seien, so schnell die Tiere hätten laufen können.

Diese hochwichtige Mitteilung klärte nicht nur auf, weshalb Werner mit den drei Gefährten in so sonderbarer Weise über den See herüberkam, sondern machte es auch dem Oberst möglich, sofort Vorbereitungen für den Empfang des Feindes zu beginnen. Er verstärkte schon jetzt die Offiziere in angemessener Weise und verabredete mit Ewald, daß die Gegner durch in Dedung liegende, zu beiden Seiten des Hauptweges aufgestellte Mannschaften so in die Mitte genommen werden sollten, daß man voraussichtlich alle ohne Blutergießen gefangenzunehmen vermochte.

Inzwischen war das Boot näher und näher gekommen. Die am Ufer Harrenden waren schon imstande, die Gestalten der Insassen, besonders Arnolds edle, durchgestrige Züge und Suleilas formensöhnes, anmutiges Gesicht zu erkennen. Von beiden Seiten winkte man sich Grüße zu und wehte mit Lähern. Und jetzt reichten schon die Stimmen von einer Seite zur andern, und Vater und Kinder konnten unter Freudentränen die süßen Worte gärtlicher Liebe miteinander austauschen, ein Freund dem andern den Dank der Treue zursprechen, ein Freund dem andern den Segen zusprechen. Endlich schob sich der Bug des Schiffes leise auf den Strand, und im nächsten Augenblick lagen sich die so lange Getrennten in den Armen.

Suleila stand daneben und blickte mit gemischten Gefühlen dem Schauspiel zu. Sie war stolz darauf, daß dem Manne ihrer Wahl von allen Seiten soviel treue Liebe und Zärtlichkeit entgegengebracht wurde, und fühlte sich dem allem gegenüber doch so einsam und fremd. Aber es sollte nicht lange so bleiben.

Als der erste Sturm des Wiedersehens vorüber war, wendete sich Arnold zu ihr, sagte sie bei der Hand und

„Jetzt, ihr Lieben, laßt mich euch vor allem mit dieser edlen Jungfrau bekannt machen. Es ist Suleila, die Tochter des obersten Hauptlings der Baharlus, Nur Ali Khans. Zweimal hat sie mich mit Gefahr ihres Lebens aus der Gefangenschaft befreit, das erste Mal, obwohl sie wußte, daß meine treue Gattin, eure liebe Mutter, am Leben war, und daß sie daher nicht mein Weib werden konnte, das zweite Mal, als der Tod mir und euch die Geliebte meiner Jugend, die Herrin des Hauses und die Mutter meiner Kinder entriß. Sie hat meinetwegen Vater, Vaterland und Glauben aufgegeben. Ich führe sie euch jetzt zu und hoffe, daß ihr sie, die Retterin eures Vaters, freudig empfangen werdet. Ich habe sie schon früher, seit meiner ersten Flucht und noch mehr vom Beginn unserer zweiten immer höher schätzen gelernt. Wir sind ihr als Ertrag für den Verlust des Vaters die Aufnahme in unsere Familie schuldig. Nach versteht sie kein Wort von dem, was ich zu euch spreche. Ihr aber, Alice und Ewald, versteht und sprecht ihre Sprache. Begrüßt sie wie eine zweite Mutter und zeigt ihr, daß ihr zu schätzen wißt, was sie für euren Vater getan hat.“

Suleila hatte während dieser Zeit ohne Verständnis der Worte in peinlicher Sorge, bald rot, bald blaß werdend dagestanden. Als jetzt aber die Kinder, die durch Ewalds Erkundigungen ja auf das Kommende vorbereitet waren, sie in ihrer Mutterprache zärtlich mit dem Mutternamen begrüßten, löste sich der Bann und mit Freudentränen begrüßte sie die beiden. Auch der Oberst und Erna drückten ihr freundlich die Hand. Nur Ellen hielt sich förmlich zurück. Diese Verbindung mit orientalischem Blute, die sie kommen sah, behagte ihrem englischen Stolz um so weniger, als dadurch eine weitere Zersplitterung des großen Vermögens herbeigeführt werden konnte. Sie mußte wegen ihrer Absichten auf Ewald verzichten, hier einen Ringel vorzuschieben. Ihre geschäftige Phantasie suchte bereits nach Hilfsmitteln. Wie, wenn es gelänge, die unbedeutende Person dem Hauptling zu überliefern? Dann wäre mit einem Schläge die ganze Gefahr beseitigt!

31. Kapitel.

Die unter Arnolds Befehl gestellte Abteilung war die schmale Seesenge rechts vom Bänd-Nemir entlang bis zu Ende geritten und hatte sich dann nordöstlich in der Richtung auf Djamasabad gewendet. Das wellige Terrain gestattete ihnen ab und zu den Blick auf die weite Fläche des Sees.

Sie mochten etwa zwei Stunden vorwärts galoppiert sein, als sie bei einer Wegbiegung das Ufer auf eine weite Strecke frei vor sich liegen sahen. Der See glitzerte im Sonnenlichte wie Gold, und von seiner Fläche hob sich eine Anzahl dunkler Figuren ab, die sich scheinbar langsam, in Wirklichkeit gewiß sehr schnell von links nach rechts bewegten. Arnolds griff schnell zum Triederbinocle und sah dieselben Reiter vor sich, die er zwei Tage vorher nordöstlich von Miris beobachtet hatte. Doch halt, waren es auch wirklich dieselben? Demals hatten sie siebzehn Mann gezählt, jetzt waren es nur elf. Trotzdem konnte kein Zweifel obwalten. Denn der Reiter an der Spitze war offenbar derselbe Europäer, den er bereits bei den Baharlus gesehen hatte. Zum Ueberflus rief jetzt auch der Hauptmann, der gleichfalls zum Fernglas gegriffen hatte, mit dumpfer Stimme: „Jennings“.

Arnolds ließ sofort abhören, damit sie weniger hoch emporgoragten und nicht von den Feinden bemerkt werden könnten. Die Waghregel erwies sich, obwohl der Hauptmann sie als ein unwürdiges Versteckspiel bezeichnete, als durchaus angemessen. Denn die Baharlus ritten, wie man von dem Gipfel eines Hügelns aus beobachten konnte, am Seufer weiter nach Süden, ohne etwas von Arnolds Truppe zu bemerken. Dieser hatte Not, seine Leute zurückzuhalten, die am liebsten jetzt schon hinter den Komaden

hergeritten wären. Er mußte ihnen indessen Marzumahen, daß dies das Allerwerteste sein würde, und daß man versuchen müsse, dem Feinde unter Dedung möglichst nahezukommen. Wenn dieser dann in dem rechten Winkel zwischen dem Seufer und der schmalen Seesenge angelangt sei, wäre der rechte Augenblick gekommen, auf ihn loszubrechen. Die völlige Ueberreaktion und die Unmöglichkeit, nach rechts oder links auszuweichen, würde die Baharlus ganz in ihre Hand geben, und es sei zu hoffen, daß die Sache ohne wesentlichen Blutverlust ablaufen werde. Selbst der Hauptmann mußte, wenn auch widerwillig, zugeben, daß der Plan gut sei, und so setzte sich denn die Truppe in Bewegung. Zwar waren ihnen die Gegner schon weit voraus. Da diese sich aber dicht am Ufer hielten und jede Bucht sorgsam umritten, näherten sich ihnen die auf der wenigstens dreißig Meter höher gelegenen Talfläche in ziemlich gerader Linie einherkommenden Verfolger, die nur stellenweise der Dedung halber von den Pferden zu steigen brauchten, verhältnismäßig schnell.

Fast genau um zwölf Uhr mittags langten Jennings und die Seinen in der Spitze des Winkels an. Das flache Ufer ist an dieser Stelle verhältnismäßig schmal, während das steil abfallende Hochufer nur an der eigentlichen Winkelspitze etwa ein dreißig Meter zurücktritt. Die Reiter stiegen von den Pferden und unteruchten sorgsam den Strand. Aber es war keine Spur zu entdecken, die auf ein Boot hätte hindeuten können. Mühmütig stieg Jennings wieder in den Sattel und kommandierte

„Vorwärts, die Seesenge entlang!“
In demselben Augenblick ertönte von dem hohen Ufer herab das Gemische eines Pferdes, und zugleich tauchte eine Schar Reiter über dem Rande auf, die offenbar der ihrigen überlegen und überdies in der günstigsten Stellung war. Jennings erkannte dies auf den ersten Blick, wie wohl er noch nicht genau unterscheiden konnte, wer diese Leute eigentlich waren. Freunde würden es schwerlich sein! Darauf deutete ihr ganzes Verhalten. Denn sie waren abgesprungen und hatten sich dem Rande vorzüglich in Dedung genähert. Und jetzt war auch der letzte Zweifel beseitigt. Denn von links oben tönte des Hauptmanns ihm wohlbekannte Stimme herab:

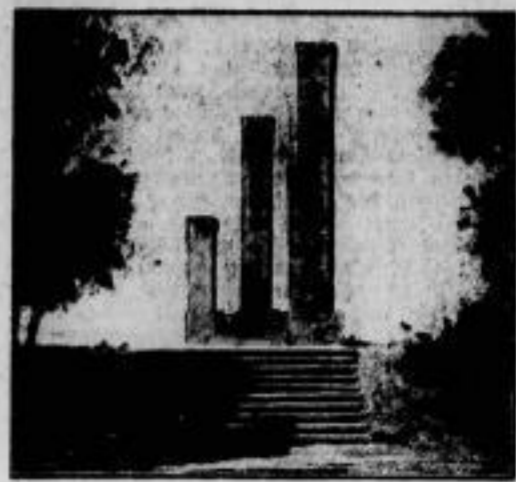
„Hab' ich dich, verräterischer Schurke?! Jetzt hat dein letztes Stündlein geschlagen!“

Jennings sah, wie die Flinte auf ihn gerichtet war, und hatte eben noch Zeit, seinem Pferde die Sporen zu geben und sich tief auf seinen Raden herabzubeugen, als der Schuß ertönte. Er zuckte zusammen, die Kugel hatte ihm das linke Schulterblatt zerhackt. Aber er hielt sich krampfhaft fest und war im nächsten Augenblick in den schmalen Uferpfad an der Seesenge eingelenkt. Er fühlte aber, daß er sich nicht mehr lange im Sattel halten könne, brachte das Tier zum Stehen, ließ sich ermattet von ihm herab und schleppte sich blutüberströmt in eine Felspalte. Kurt von Born hatte wohl gesehen, wie die Kugel einschlug und das Blut ausspritzte. Aber er wußte nicht, ob der Schuß tödlich sei. Er mußte den gefährlichen Gegner durchaus stumm machen. So rannte er denn der Seesenge zu, während einige Kugeln der Baharlus harmlos an ihm vorüberpfließen, ließ sich am steilen Abhang hinabgleiten, kam auf die Beine zu stehen und sah dort rechts von sich auch schon das Pferd. Die Blutspur zeigte ihm die Stelle, wo der Verwundete sich befinden mußte. Er stürzte, die Büchse in der Hand, darauf los und bog ohne jede Vorkehrung um die Felsede. Da ertönte ein Revolvergeschuß, und durch die Stirn getroffen sank er neben Jennings zu Boden.

(Schluß folgt.)



Parlamentsöffnung in England.
Mit allem traditionellen Pomp eröffnete der König die neue Parlamentssession.



Ein eigenartiges Krieger-Denkmal
wurde kürzlich in Wornemünde errichtet. Es besteht aus einem Sockel mit vier Türmen, die die vier Kriegsjahre darstellen sollen.



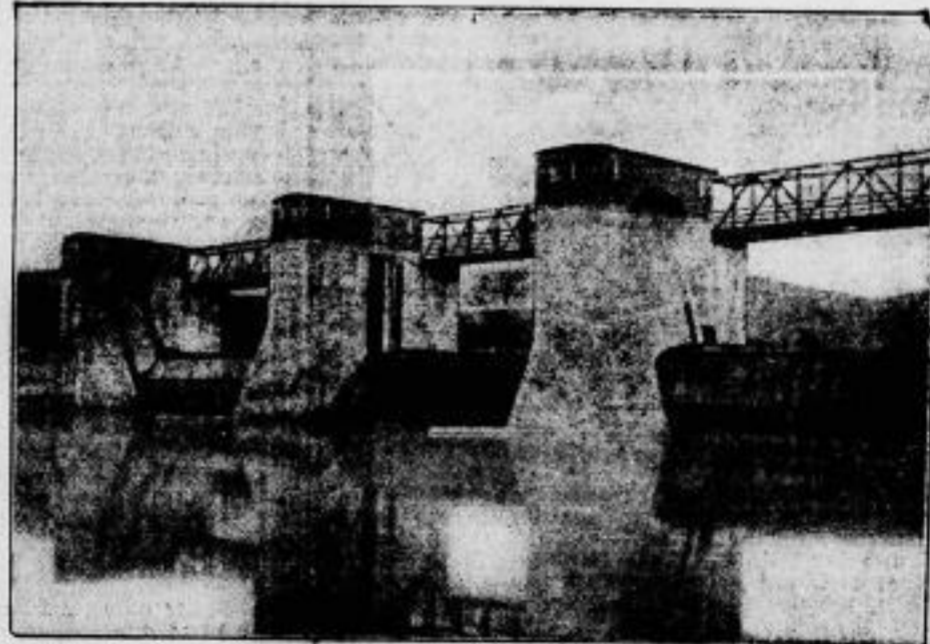
Wünzburg 600 Jahre Stadt.
Wünzburg (Donau) war ursprünglich eine Keltenfestung. An der Stelle der heutigen Stadt vor 1850 Jahren das römische „Castrum Sunitia“. Später wurde Wünzburg die Hauptstadt der Markgrafschaft Burgau und kam 1301 mit dieser unter österreichische Herrschaft. Seit 1806 ist es mit Bayern vereint.



Der M. Heuer Maler Ritter von Marx 70 Jahre alt.
Professor Karl Ritter von Marx, bis vor kurzem Direktor der Münchener Akademie der Künste, begeht am 14. Febr. die Feier seines 70. Geburtstages. Professor von Marx erregte um die Jahrhundertwende vor allem Aufsehen durch sein Kolossalgemälde „Die Flagellanten“. Von ihm ist auch der Plafond im neuen deutschen Schauspielhaus in Hamburg, das Giebsfeld der Universitäts-Augenklinik in München und dekorative Bilder in anderen öffentlichen Bauten.



Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen.
Die russischen Unterhändler in Berlin.
In diesen Tagen beginnen in Berlin Verhandlungen über den Ausbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Den Verhandlungen wird für die Zukunft des deutsch-russischen Güterausstausches große Bedeutung beigemessen. Die russischen Unterhändler Schleifer, Mitglied des Kollegiums des Handels-Kommissariats, der Führer der Delegation und Professor Kaufmann, Leiter der Vertrags-Abteilung im Handelskommissariat, sind in Berlin eingetroffen.



Vom Bau des Neckartals.
Staukufe Mannheim mit Doppelschleuse.
Das vielumkrittene Projekt ist in seinem unteren Teile von Mannheim bis Heidelberg fast vollendet. Die Rheindampfer befahren bereits die Strecke.

Erfreuliches Anwachsen der rächtlichen Jugendherbergen.

Jede Gemeinde soll ihr Jugendheim haben.
Nach einer amtlichen Umfrage des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums gab es im Freistaat Sachsen im Jahre 1927 insgesamt 157 Jugendherbergen in 146 Orten mit 5361 Betten und 2302 Kottlagern. Davon waren 5 Eigenheime des Gemeindefiskus, 7 Naturfreundehäuser, 14 in Gasthöfen, 49 in Schulen, 82 in verschiedenen Gebäuden.
Die Zahl der Herbergen ist von 78 im Jahre 1920 auf 157 im Jahre 1927, die der Besucher von 18 000 im Jahre

1920 auf annähernd 250 000 im Jahre 1927 angestiegen. Eine recht erfreuliche Entwicklung zeigt insbesondere die Jugendburg Gohndorf. Die Zahl der Uebernachtungen ist hier von 35 585 im Jahre 1925 auf 50 301 im Jahre 1927 (bis 31. Oktober) angewachsen. Von den 50 301 Uebernachtungen im Jahre 1927 entfielen auf Volksschüler 13 320, auf höhere Schüler 8147, auf sonstige Jugendliche (Ältere) 28 834. Die monatlichen Uebernachtungsdifferenzen weisen ebenfalls ein gewaltiges Anwachsen auf. Daneben haben teilgenommen im Jahre 1927 an insgesamt 57 Ferienlagern und Freizeiten, 16 Kursen und Führerlehrgängen, 17 Treffen und Tagungen und 5 Feiern im ganzen 6248 Jugendliche; die Zahl der Uebernachtungen an diesen Veranstaltungen betrug insgesamt 18 563.

Die gegenwärtigen Bestrebungen gehen dahin, in jeder Gemeinde Sachsens die Schaffung eines kommunalen oder eigenen Jugendheimes zu bewirken, damit keine Jugendgruppe mehr gezwungen ist, ihre Zusammenkünfte in Gastwirtschaften abzuhalten. Mit diesen Jugendheimen sollen Jugendbüchereien, Vespallen, Jugendlichtspielbühnen, Basketballbän, Spiel- und Sportplätze, Bade- und Schwimmgelegenheiten, Jugendherbergen und Beratungsstellen für Jugendpflege und Jugendwandern verbunden werden. An die Gemeindevertreter ergeht die Bitte, diese Bestrebungen als eine wichtige Voraussetzung einer fruchtbareren Jugendpflegearbeit und als unentbehrliche Vorbeugung gegen drohende Jugendverwahrlosung nach Möglichkeit zu fördern.

Die Not der Krankenanstalten und das Sparsystem des Staates und der Gemeinden

Dresden. Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Es ist den meisten unbekannt, daß staatliche und städtische Krankenanstalten durch die Kur- und Verpflegungsgelder nur einen Teil ihrer Unkosten decken. Es sind erhebliche Zuschüsse erforderlich, die von den Steuerzahlern geleistet werden müssen. Dabei handelt es sich um ganz beträchtliche Summen, die z. B. im Jahre 1926 für die städtischen Krankenanstalten Dresdens ca. 3,5 Millionen Mark und für die städtischen Krankenanstalten Berlins ca. 17,7 Millionen Mark betragen haben. Die gleichen Zustände sind in allen Städten. Diese Zuschüsse sind für die Steuerzahler eine derartig große Belastung, daß mit Recht die Frage aufgeworfen werden muß: wodurch sind diese Mißstände entstanden? und wie ist denselben abzuhelfen?

Die Ursachen liegen weit zurück. Sie reichen in die Zeit, da man anfing, Krankenhäuser zu bauen. Man baute diese Krankenhäuser für die Armen, sie waren eine Wohltätigkeitsanstalt. Deshalb wurden die Verpflegungsgelder niedrig berechnet, unter den Selbstkosten. Grund und Boden, Gebäude und Apparaturen wurden nicht in Rechnung gestellt — galt es doch, den Armen zu helfen!

Ein völliger Wandel ist seitdem eingetreten: von allen Bevölkerungsteilen werden jetzt die großen Krankenhäuser aufgesucht. Für die Armen zahlt die Fürsorge, für die Arbeiter und Klein-Angestellten die Pflichtlosen und für die anderen die Mittelstandsklassen. Die Kassen sind nicht arm, sie legen Kapitalien zurück und bauen stattliche Häuser! Die Preispolitik der Krankenhäuser ist auch noch dieselbe geblieben, Grund und Boden, Gebäude und Einrichtungen werden immer noch nicht in Rechnung gestellt. Jede Amortisation fehlt!

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf immer weitere Kreise bringt es mit sich, daß die Zahl der Privat-Patienten immer geringer und die Hauptzahl der Krankenhäuser von Kassenmitgliedern gestellt wird. In den Krankenanstalten bezahlen die Kassen, obgleich sie durch Gesetz verpflichtet sind, alle Kosten zu tragen, tatsächlich nur die Verpflegungskosten und auch die nicht einmal in der Höhe, die bei einem kaufmännisch geleiteten Betriebe nötig wäre, der sich einschließlich Anlagekapital selbst erhalten soll. Diese untaufmännischen Maßnahmen verringern sich nicht mit dem unbedingt notwendigen Sparsystem des Staates und der Gemeinden und können mit einem Schlagschlag beiseite werden, sowie die Kassen die wirklichen Kosten bezahlen müssen: also außer den Verpflegungskosten alle ärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der deutschen Gebührenordnung, eine Entbindungsbühne, Sachtigkeiten, Medikamente und Verbandstoffe nach den Selbstkosten. Außerdem dürfte eine Einschränkung der zahlreichen Ermäßigungen, eine Erhöhung für Auswärtige und Ausländer die Einnahmen der Krankenanstalten wesentlich erhöhen. Die Verpflegungsätze müssen in allen Fällen der Wirtschaft angepaßt sein, also zumindestens die Selbstkosten sein!

Wird Verpflegung und ärztliche Leistungen getrennt berechnet, dann gibt es für die Kassen auch keinen Unterschied mehr zwischen Krankenhaus und Privatambulanz, was auch sehr im Interesse der Kranken liegt. Denn die Kassenmitglieder haben ein Recht auf individuelle Behandlung, auf ein persönliches Verhältnis zu dem Arzte der Wahl und auf eine freie Wahl des Arztes. Das Vertrauen zu einem bestimmten Arzte muß in allen Fällen berücksichtigt werden!

Zunächst ist, daß die meisten Kassen durch erhebliche Ueberhörschüsse die Mehrkosten in den Krankenhäusern ohne weiteres leisten könnten! Wenn einige Kassen wirklich Zuschüsse brauchen, wäre es da nicht gerechter, den Zuschüssen den betreffenden Kassen zu geben, statt dem Krankenhaus? Denn nach dem jetzigen System werden die städtischen und staatlichen Krankenanstalten bevorzugt und die Privatambulanzen, die von keiner Seite Zuschüsse erhalten, geschädigt!

Die Krankenhäuser sind frei von allen Steuern, die Privatambulanzen nicht. Die übermäßige Besteuerung der Privatambulanzen ist ungerecht, denn die Privatambulanzen der Ärzte sind weder Einnahmequellen noch Erwerbsquellen! Der Facharzt, der eine Privatambulanz unterhält, tut es nur aus Zwang, weil er keinen Platz in einem Krankenhaus hat und seine Kranken unterbringen muß.

Die amerikanischen Krankenhäuser, die das System haben, beweisen, daß bei zweckmäßiger Organisation und richtiger Auswahl der Krankenhausleiter und Angehörigen kein Zuschuß gebraucht, sondern noch Geld verdient wird. Das modernste Hospital, das Henry Ford Hospital in Detroit, veranlagt sich mit 3 Prozent. Die amerikanischen Verhältnisse lassen sich auch auf deutsche Krankenhäuser übertragen und würden sowohl dem Staate wie den deutschen Städten zu gute kommen. Die Finanznot des Staates und der Städte verlangt dringend eine einschneidende Aenderung der Finanzkalkulation des Gesundheitswesens für die öffentlichen Krankenanstalten im Sinne dieser Ausführungen.

Satzur zur Sicherheitsfrage.

Paris. (Sankt Petersburg.) Der Außenminister des „Matin“ gibt heute Aeußerungen des belgischen Ministerpräsidenten Jaspars wieder, der nach einer Schilderung der Stabilität und der Wirtschaftslage im Mutterlande und im Kontrast auch auf die Sicherheitsfrage zu sprechen kam. Er erklärte, Belgien lege vor allem Wert auf den Frieden und das gute Einvernehmen mit seinen Nachbarn. Er fuhr fort: Aber obwohl wir das friedfertige Volk sind, das man sich denken kann, gekettet uns doch unsere geographische Lage nicht, die Sicherheitsfrage beseitigt zu stellen. Unser Vertrauen in die Verträge hat die Hauptbürgschaft in dem Abkommen von Locarno, wenn es auch in einer weniger feierlichen Form als die 1914 zerfallenen Verträge unsere Unverletzlichkeit sichert. Das Abkommen bringt uns doch eine Gemeinschaftsbürgschaft, auf die wir bereits 1922 in Cannes Hoffnungen gesetzt hatten. Unser gelbes Nationalgefühl gekettet uns allerdings nicht, die Notwendigkeit eines starken organisierten und mit wirksamen Verteidigungsmitteln versehenen Heeres aus dem Auge zu verlieren.

Die Zeitschrift „Outlook“ zur Frage der Rheinlandbesetzung.

London. Die unabhängige Zeitschrift „Outlook“ zent die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die Auseinandersetzung zwischen Stresemann und Briand in der Frage der alliierten Rheinlandbesetzung und bezeichnet diese Angelegenheit als eine Engländer sehr nahe verlebende. Die Zeitschrift bemerkt: Eine Frage von solcher Wichtigkeit darf nicht vernachlässigt werden, und je eher Chamberlain zu einem Entschluß gelangt, um so besser ist es. Der erste Schritt liegt beim Foreign Office. Es ist zu hoffen, daß die Regierung nicht zögern wird, das Problem ein für alle Mal zu lösen, indem sie ihre Absicht verkündet, die britischen Truppen zum frühestmöglichen Zeitpunkt beimzufordern. Das leitende Grundmotiv der britischen Diplomatie müßte

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Handball im A.L.G. Nies (D.L.).

Die 1. Mannschaft hat die gleiche des Turnvereins Beilewitz zu einem Freundschaftsspiel am kommenden Sonntag in Galle. Beide Mannschaften stehen sich erstmalig gegenüber. Ferner treffen sich die Jugendmannschaften beider Vereine. Die Spiele beginnen 1 Uhr. B.

Handball im Turnverein Nies (D.L.) e. V.

Nachdem die Frühlingsferien am vorigen Sonntag ihren Anfang genommen hat, tritt die 1. Mannschaft des Tu. Nies nach langer Spielpause wieder einmal auf dem Platz. Am kommenden Sonntag steht sie im Punktspiel in Waldheim der gleichen Mannschaft des dortigen Turnvereins in folgender Aufstellung gegenüber:

Veter	Frank	Kleieder
Lochmann	Dittich	Frauenberg
Höhl	Töpfer	Manewald
Gröbmann	Krause	Bopp
		Kurich

Im Vorspiel trafen sich die Waldheimer mit einer Niederlage von 8:2 den Nieslern hegen, ob im kommenden Spiel Nies wieder so gut abscheiden wird, steht sehr in Frage, da Waldheim damals mit reichlich Erfolg angetreten war und Nies ohne dem notwendigen Wintertraining in den Kampf tritt. Die Gäste dürfen also das Spiel keinesfalls zu leicht nehmen. R. R.

Wintersportveranstaltungen.

Die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände teilt mit, daß am 12. Februar in Schwarzenberg der Vorausscheidungs-Wintersportlauf veranstaltet wird; am 19. Februar kommen in Oberwiesenthal Skilagerrennen zum Austrag.

Im herrlichen St. Moritz haben am Sonnabend die II. Olympischen Winterspiele

begonnen. Fast 1000 Wettkämpfer und 25 Nationen ringen um die höchste Auszeichnung, die der Sport zu vergeben hat, den olympischen Siegeslorbeer. Die deutschen Teilnehmer stehen in ihren Kämpfen vor den schwersten Aufgaben in ihrem Leben. Hoffen wir, daß unsere Streitmacht von allen Zufällen verschont bleibt und dem deutschen Sport durch Vergabe aller Kräfte im Kampf um die olympische Siegespalme weitere Geltung und Ansehen verschafft.

Die dabei im gebliebenen Wintersportler haben es nicht nötig, tatelos zuzusehen. Der Skiverband Sachsen bringt in Altenberg im Ostergebirge am Sonntag die

Sächsische Staffelmesserschaft

zur Durchführung. Im Brauereigebiet werden am Sonnabend und Sonntag die Deutschen Hochschulmeisterschaften im Skilaufen ausgetragen. Die Thüringer Skimeisterschaft ist je nach den Schneesverhältnissen in Oberhof oder Ruhla angesetzt. In Schliersee (Wapern) soll die Deutsche Rodelmeisterschaft 1928 ausgetragen werden.

Der Fichtenschuß der Deutschen Turnerschaft in Leipzig.

Die erste diesjährige Tagung des Fichtenschusses der D.T. fand in Leipzig statt. Der Ausschuss begann seine Arbeiten mit Besprechungen über das Deutsche Turnfest. Das oberste Schiedsgericht und zugleich die Kampfleitung bildet der Fichtenschuß der D.T. Die Kämpfe in den einzelnen Wäffeln, die in jedem Falle früh 7.00 Uhr begannen, sind wie folgt verteilt: a) Fichter, Deagen: Donnerstag; Florett: Freitag; Säbel: Sonnabend; b) Fichtertinnen: Florett: Donnerstag, und zwar von 2.00 Uhr nachmittags ab. Als Kampflap sind die Kräfte an der Radrennbahn, die mit sechs Wäffeln ausgestattet werden, vorgegeben. Die Endrundenteilnehmer jeder Waffe sind von der Vorrunde der nächsten Waffe befreit. Die Zahl der in der ersten Vorrunde auszuscheidenden Fichter und Fichtertinnen beträgt 50 Proz. In die Endrunde bei den Fichtertinnen gelangen nur acht Bewerberinnen. Die Teilnahmeberechtigung an den Vorrunden Kämpfen ist laut Wettordnung geregelt. Der Termin für die durch die Kreisverbände einzureichenden Vorschläge zur Zulassung der Wettfichter und Fichtertinnen ist der 6. Mai. In den Kreisen sollen für die Fichtertinnen Ausschreibungskämpfe stattfinden. Die aus diesen hervorgehenden fünf besten können vorschlagen werden. Als Ausschreibung für die erste Siegerin beim Wettkampf der Fichtertinnen dient die Bezeichnung „Meister der D.T.“ Eingehender Aussprache wurde das Amtverdammer Olympia unterzogen. Besonders interessiert dabei die Berichte Stäfers über die bisherigen Besichtigungen zum Fichtertum und über das internationale Fichtertum in Offenbach. Die deutschen Ausschreibungskämpfe sollen von der D.T. in genügender Weise beschickt werden. Entsprechende Vorschläge

augenblicklich sein, den letzten Krieg ganz zu vergessen, die sicherste Methode aber, den Haß, den alle zu vergessen wünschen, zu vermeiden, wäre, eine bewaffnete Streitmacht auf dem Gebiet einer besetzten Nation in Friedenszeit aufrechtzuerhalten. Der einzige Zweck, dem die Unzufriedenheit britischer Truppen im Rheinland dient, ist, der französischen Militärpartei moralische Unterstützung in ihrem Vorhaben zu geben, am Rhein so lange wie möglich Brückenköpfe zu besetzen.

U-Boot-Frage und Rheinlandräumung im Unterhaus.

London. Im Unterhaus antwortete Unterstaatssekretär Loder Lamson auf eine Frage, die sich auf Kellogg's Erklärung hinsichtlich der Abschaffung der Unterboote bezog. Loder Lamson erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung gegenüber einer allgemeinen Abschaffung der Unterboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marineabstimmungskonferenz in Genf erneut vertreten worden. Die wichtigste Vorbedingung sei, daß die Abschaffung allgemein erfolge. Auf eine weitere Frage, ob bereits vorbereitende Schritte getan seien, um mit den Vereinigten Staaten über diese Angelegenheit zu verhandeln, antwortete Lamson, er glaube nicht, daß Großbritanniens zurzeit in der Lage sei, mehr zu unternehmen.

In Beantwortung einer anderen Frage erklärte Lamson, es sei von einer isolierten Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland nicht die Rede gewesen und seiner Ansicht nach würde unter den gegenwärtigen Umständen eine derartige Zurückziehung keinerlei Vorteile zeitigen. Eine allgemeine Räumung vor der dem Friedensvertrag vorgezogenen Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten und der Deutschen Regierung sein. Wenn sich eine solche Vereinbarung als möglich erweisen sollte, so werde sie von der englischen Regierung außerordentlich begrüßt werden.

und von den Kreisverbänden abzugeben. Eine der wichtigsten Fragen der Tagung war die Ausbildung von Wettfichtern, Fichtertinnen und Kampfrichtern. Es soll angestrebt werden, möglichst noch mehr Wettfichter als bisher abzubilden. Ein umfassender Lehrgang wird in der Turnschule in Berlin abgehalten werden. Des Weiteren wird beschlossen, die deutsche Fichterschule beim Fichtertum reiflos einzuführen, jedoch bleibt Voraussetzung, daß der fortgeschrittene Fichter, die internationalen üblichen Nachausdrücke kennen lernt. Für Wettfichter und Kampfrichter, die an einem Lehrgang teilgenommen haben, werden Teilnahmebescheinigungen ausgestellt, die aber nicht mit dem Recht, als Wettfichter und Kampfrichter zu wirken, verbunden sind. Vielmehr wird dieses Recht von einer Prüfung abhängig gemacht, die gegebenenfalls der Fichterschule der D.T. abhalten läßt. Es wurde beschlossen, den Wettbewerb nur bei Wettkämpfen der D.T. und der Kreise zu verleiern. Die Einführung der Turnerpässe ist Pflicht. Mit der Erörterung des Arbeitsplanes wurde die Tagung beendet.

6. Jahrschwimmen der Deutschen Turnerschaft.

Halle wird in den nächsten Tagen ein großes Ereignis haben. Das Jahrschwimmen ist das größte Hallenschwimmfest des 1.7-Mil.-Verbandes der D.T. Ganz besonders zahlreich sind die Meldungen in diesem Jahre eingegangen. Die Olympiakämpfer und -kämpferinnen kommen nach Halle, so daß besonders im Springen hervorragende Leistungen gezeigt werden sollten. Im Springen für Turnerinnen haben sich 12 gemeldet, darunter 8 Olympiakämpferinnen. 27 Teilnehmerinnen im Springen für Turner, wobei 8 Olympiakämpfer vertreten sind; jeder hat 5 Pflicht- und 6 Kürsprünge, also 11 Sprünge, zu meistern. Am Sonntag vormittag müssen also 800 Sprünge gewertet werden. Die Staffeln sind mit starken Gegnern besetzt. Herr Reichspräsident v. Hindenburg hat sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift der 10x50-Meter-Reliefflagge der Turner gewidmet. Schwimmklub Danabrad muß den Wanderpreis des Herrn Außenministers Dr. Stresemann in der 4x50-Meter-Lagenstaffel für Turner verteidigen, ebenso den ewigen Wanderpreis der Stadt Halle in der Schnellstaffel für Turner (50, 100, 150, 100 und 50 Meter). Herr Generaldirektor Dr. Traus (Halle) hat für die 4x50-Meter-Bruststaffel für Turnerinnen einen Wanderpreis gestiftet. Um die Plakette des Hallischen Ausschusses für Leibesübungen wird die 4x100-Meter Bruststaffel für Turner ringen. Für den Sieger in den Wasserballspielen gab der Mitteldeutsche Verein zur Förderung der Leibesübungen eine Plakette. Die Veranstaltung selbst findet am 11. Februar durch einen Begrüßungs- und Unterhaltungsabend ihren Anfang und endet am 12. Februar abend mit einem Festball im „Deutschen Gesellschaftshaus“.

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft der Amateurböxer

Teutonia-Berlin — Punsching-Magdeburg 12:4.

In der Vorkampfrunde um die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft des Reichsverbandes für Amateurböxer haben sich am Donnerstag im nur mäßig besuchten Kriegervereinshaus in Berlin die Vorkampfrunde Teutonia-Berlin und Punsching-Magdeburg gegenüber. Die Berliner konnten überraschend einen klaren Sieg gegen die mitteldeutschen Gäste herausholen und sich ziemlich leicht für die Endrunde mit dem Sieger aus der am Sonntag in Cottbus vor sich gehenden Begegnung Colonia-Rhin gegen Stettiner Box-Club qualifizieren. Die Vertreter Magdeburgs zeigten namentlich in den unteren Gewichtsklassen hervorragendes technisches Können und machten den Berliner schwer zu schaffen. Den Mitteldeutschen fehlt jedoch die große Kampfsprache; einzelne Punkte machen auch fürberichtig einen zu schwachen Eindruck. Im Fliegengewicht konnte Punsching (Teutonia) erst in der Schlussrunde die nötigen Punkte zu einem Siege über Bähr (Punsching) herausholen. Exhauptionsmeister Schulz fertigte Jönischer (Teutonia) überlegen nach Punkten ab. Einen technisch hochwertigen Kampf lieferten sich im Federgewicht Krabel (Teutonia) und Höhe (Punsching). Erst in der letzten Runde machte sich die Vermüderungsarbeit des Teutonen bemerkbar, so daß der Magdeburger schließlich noch klar nach Punkten unterlag. Meseberg (Magdeburg) und Eckhardt (Teutonia) trennten sich nach einem leichten Gama ohne Entscheidung. Im Bantengewicht mußte Stahlberg (Teutonia) nach Schluß stark kämpfen, um gegen Schmidt (Punsching) nach Punkten siegen zu können. Wenn (Teutonia) konnte gegen Kraft (Punsching) nur ein überraschendes Unentschieden erreichen. Im Halbfliegengewicht hatte Panne (Teutonia) in Sander (Punsching) keinen gleichwertigen Gegner. Schon in der zweiten Runde wurde der Magdeburger durch einen Herabfall l. o. geschlagen. Im Schwergewicht kam Dabermann (Teutonia) zu einem ziemlich glänzenden Punktsieg über Baumann (Punsching). Dem jungen Magdeburger mangelt es noch an Routine, um gegen solche olivere Gegner bestehen zu können.

Raditts Bemühungen bisher ergebnislos.

Belgrad. (Tel.) Die Bemühungen Raditts zur Bildung einer Koalitionsregierung verliefen bisher ergebnislos. Western nachmittags fand unter dem Vorherrschaft Raditts eine Sitzung des Klubs der radikalen Abgeordneten statt, die äußerst stürmisch verlief. Raditts wird morgen die Verhandlungen fortsetzen.

Handel und Volkswirtschaft.

In der Berliner Börse war das Geschäft auf dem Effektenmarkt am Donnerstag wiederum sehr gering. Der Verlauf der Börse war sehr unsicher und schwankend. Am Rentenmarkt notierte Abhängigkeitsanleihe 1 52,1; 11 55,7; Neubesetzungsanleihe 18,9 und Schuldloosanleihe 7,8 Prozent. Schiffahrtaktien mußten durchweg eine Kleinigkeit nachgeben. Bankaktien waren wenig verändert, ebenso Montanaktien. Vier verlorenen Schließliche Zink 1 1/2 Prozent, Mansfeld 1 Prozent, während Harpener, Rheinische Braunkohlen, Mannesmann und Rheinische je 1 Prozent gewannen. Das Geschäft in Farbenaktien und in Elektromotoren war kaum nennenswert. Von den Maschinen- und Motorenwerten verloren Schubert u. Salza 2 Prozent, Berliner Maschinen und Drenlein 1 1/2 Prozent. Von sonstigen Werten konnten Vereinigte Glasstoff 1 1/2 Prozent gewinnen. Der Sah für tägliches Geld war 5 1/2 bis 7 1/2 Prozent, für Monatsgeld 7 1/2 bis 8 1/2 Prozent. Der Privatdiskont wurde abermals um 0,12 auf 6 Prozent für beide Sichten ermäßigt.

